

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 2. Quartal 2015

2 / 2015

Die Autoren:

Dirk Bingener, Michael Borchard,
Stephan Eisel, Alois Glück, Julia Klöckner,
Norbert Lammert, Hans Maier, Elmar Nass,
Thomas Strobl, Eva Welskop-Deffaa

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Elmar Nass, Sozialethische Urteilsbildung jenseits der Gottlosigkeit.....Seite	04
Julia Klöckner, Wohlstand für alle – Zukunft für alle.....Seite	06
Thomas Strobl, Die Chancen der Digitalisierung gestalten.....Seite	10
Stephan Eisel, Für eine Europaarmee als Ziel.....Seite	13
Michael Borchard, Deutschland und Israel.....Seite	16
Hans Maier, Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum – was wäre anders?.....Seite	18
Alois Glück, Menschen auf der FluchtSeite	28
Norbert Lammert, Wahrheit ist die Voraussetzung zur Versöhnung.....Seite	30
Dirk Bingener, Jugend und Kirche – passt das ?.....Seite	32
Eva Welskop-Deffaa, Sozialpolitik wohin ?Seite	34

13. April 2015

Elmar Nass

Sozialethische Urteilsbildung jenseits der Gottlosigkeit

Um die Wertediskussion in unserer Gesellschaft wieder mitzugestalten, sollten Christen sich nicht auf die hinlänglich bekannten innerkirchlichen Themen reduzieren lassen. Dann kommen sie nicht heraus aus der aufgenötigten Defensive. Auch helfen abstrakt gehaltene Bekenntnisse zu Gemeinschaft, Frieden, Licht und Liebe wenig, wenn sie wie ein Zuckerguss die drängenden sozialen Fragen verdecken. Vielmehr geht es darum, heiße Eisen der Gesellschaftspolitik anzupacken. Ich plädiere dafür, dabei nicht verschämt das eigene Bekenntnis einer Anschlussfähigkeit an säkulare Ideen und Ideologien zu opfern. Gott in den Wertediskussionen auszuklammern ist keineswegs wissenschaftlich glaubwürdiger als seine Existenz anzunehmen. Wenn die Atheisten also ohne Gott das Soziale diskutieren, sollen Christen mit Gott argumentieren. Das verstehe ich unter fairer Meinungsbildung auf Augenhöhe.

Dazu bedarf es einer Vergewisserung christlich-sozialen Argumentierens. Es ist verankert in der ausdrücklich dreifachen Verantwortung des Christen

1. gegenüber Gott: sie äußert sich darin, unser Leben im Lichte unseres Schöpfers zu verstehen, dankbar zu sein für das, was Er uns schenkt und als moralische Wesen in diesem Licht unsere Freiheit zu entfalten;
2. gegenüber sich selbst: sie äußert sich darin, uns selbst in unserer Gottesebenbildlichkeit als Personen mit unbedingter Würde anzunehmen und dabei gerade auch im Schwachen die ungeteilte Würde zu erkennen;
3. gegenüber dem Nächsten: sie äußert sich in Taten der konkreten Nächstenliebe einerseits und im Einsatz für das Zusammenleben aus einem Geist sozialer Liebe andererseits.

Das Christliche behält nur dann seine gesellschaftliche Relevanz, wenn es den Anschluss an Gott nicht verliert. Aus dem Bekenntnis leitet sich die Verantwortung gegenüber uns selbst und dem Nächsten ab. Gesellschaftliche Regeln und Ordnung sollen die Übernahme dieser Verantwortung ermöglichen. Christen können dazu mit dem Menschenbild argumentieren. Die Begründung für die Menschenwürde gerade der schwachen, der kranken, der behinderten und ungeborenen Menschen ist die christliche Idee von der Gottesebenbildlichkeit und von der Menschwerdung Gottes. Dieses Bekenntnis zum Menschen als einmalige Person mündet in der politisch relevanten Vision, das Gegeneinander von Rassen oder Klassen durch ein Bewusstsein einer Menschheitsfamilie als Kinder Gottes zu ersetzen und kein menschliches Leben als minderwertig oder -würdig zu diskriminieren.

Aus dieser Grundlage lassen sich sozialethische Urteile begründen. Ich schlage konkrete

Positionierungen vor, die Sie nicht teilen müssen. Verstehen Sie die folgenden Thesen vielmehr als exemplarische Provokationen zu einer eigenen vernünftigen Reflexion sozialer Fragen im Licht des Evangeliums:

Unvereinbar mit dem Christlichen sind Ideologien, die die Menschenwürde relativieren. Daraus folgt eine Absage an links- und rechtsextremistische Kampffideologien wie an eine menschenverachtende Sharia, Scientology, aggressiven Atheismus u.a.

Der Einsatz für den unbedingten Lebensschutz vom Anfang bis zum Ende: Dazu zählt auch mit einem Bekenntnis zur Würdigkeit des kranken und sterbenden Lebens eine Absage an alle Formen der so genannten Euthanasie. Christlich motiviert fordert Eberhard Jüngel den Menschen auf, sich seiner Gebrechlichkeit zu stellen: „(w)er das beschädigte menschliche Leben nicht erträgt, der erträgt in Wahrheit die Würde nicht, die der Mensch auch in den erbärmlichsten Lebensumständen unwiderruflich hat.“

Es sollte wieder für eine Förderung der Familie mit eigenen Kindern eingetreten werden. Natürlich gibt es schmerzliche Erfahrungen des Scheiterns. Hier tritt die Kirche etwa mit der Caritas ein, Not zu lindern und Menschen im Scheitern beizustehen. Wenn wir aber irgendwie alles als Familie definieren, tritt an die Idee der mit dem Familienideal verbundenen gesellschaftlichen Verantwortung die individuelle Beliebigkeit. Zu unterscheiden bleibt das Ideal vom Fragment.

Die Gleichmacherei im Schulsystem widerspricht der christlichen Idee von der Unterschiedlichkeit der Menschen bei gleicher Würde. Ein ‚Recht auf Abitur‘ und Studium bei gleichzeitiger Herabsetzung anderer Schulformen entmündigt Menschen von einer ihren unterschiedlichen Begabungen entsprechenden Förderung. Es widerspricht dem Heilsauftrag, der die Unterschiedlichkeit der Menschen und ihrer Talente anerkennt und nicht die Förderung bestimmter (z.B. handwerklicher) Talente gering schätzt.

‚Inklusion für alle‘ wird zur Ideologie, wenn sie nivellierend für Menschen mit unterschiedlichster Behinderung gefordert wird. Förderschulen müssen gestärkt werden für die Menschen, die sich hier besser entfalten können. Gründe dafür können etwa sein: psychosoziale Besonderheiten (z.B. Autismus), hochspezialisierte Förderung (etwa von gehörlosen Menschen), das Bedürfnis nach Erfolgserlebnissen, nach Geborgenheit unter Menschen mit vergleichbarer Behinderung o.a.

Kinder, Menschen mit Behinderung, Menschen im hohen Alter, Menschen mit Krankheit, Menschen im Sterben gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Sie bereichern unsere Kultur durch ihre Ausstrahlung und Erfahrung, durch ihre Bewältigung von Hilfebedürftigkeit, Gebrechlichkeit oder Endlichkeit. Sozial reich ist die Gesellschaft, die von diesen Menschen, ihren Fragen und Antworten lernt.

Die Positionen folgen keiner politischen Korrektheit. Ihre Begründung sehe ich in der Botschaft Jesu. Um solche o.a. durchsetzen zu können, finden Christen Verbündete, die vergleichbare Positionen zu Menschenwürde und Sozialkultur vertreten, selbst wenn sie anders begründet sind.

Schulterschlüsse sind möglich etwa mit säkularen Vertretern eines Neu-Aristotelismus (Amartya Sen), eines reformierter Islam, der sich wieder auf Averroes beruft oder einer kantischen Ethik, solange die Würde nicht vom Grad der Vernunft abhängig gemacht wird. Vor allem denke ich auch an suchende Menschen, die jenseits einer bestimmten Weltanschauung um Werte ringen. Auch hier finden sich offene Ohren für christliche Positionen. Die Glaubwürdigkeit christlicher Argumente lebt dabei letztlich durch überzeugte Menschen, die sie vertreten. Papst Franziskus ist uns dazu ein gutes Vorbild.

Elmar Nass (1966) stammt aus Straelen/ Niederrhein. Er ist Bankkaufmann, seit 20 Jahren Priester des Bistums Aachen und seit 2013 Professor für Wirtschafts- und Sozialethik sowie seit 2015 Leiter des Ethikinstituts an der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth (WLH). Forschungsschwerpunkte: Kirche in der Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit, Geldethik, Soziallehre, Führungsethik.

20. April 2015

Julia Klöckner

Wohlstand für alle – Zukunft für alle, das ist unser Ziel

Nicht allein das Einkommen und materieller Besitz sind für die Lebenszufriedenheit der Menschen wichtig. Deshalb können wir unsere Politik nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ausrichten. Wir müssen einen Rahmen setzen, der es den Menschen ermöglicht, so zu leben, wie es gut und richtig für sie ist, und so, dass ihr Handeln nicht auf Kosten anderer und der nachfolgenden Generationen geht. Nur wenn wir auch hier überzeugende Angebote erarbeiten, können wir „die Volkspartei der Mitte“ und die bestimmende politische Kraft in Deutschland bleiben. Die Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ nimmt sich der Herausforderung an und ist somit Teil der Zukunftsstrategie der CDU.

Die CDU hat den richtigen Kompass

Die CDU hat mit dem christlichen Menschenbild und der Sozialen Marktwirtschaft den richtigen Kompass. Die Bewahrung der Schöpfung und Zukunftschancen für alle erreichen wir nur, wenn wir die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – wirtschaftlich, sozial, ökologisch – gleichermaßen beachten, wenn wir auf Innovationen und Bildung, auf Eigenverantwortung und Subsidiarität setzen und Freiraum schaffen für das Handeln und die Initiative der Menschen.

Unsere Vision von Nachhaltigkeit ist eine freiheitliche mit Menschenrechten, Demokratie, Solidarität und Eigenverantwortung im Mittelpunkt. Dem haben diejenigen nichts entgegenzusetzen, die eine rein selbstbezogene und materialistische „Wellness-Philosophie“ mit dem verwechseln, was „gutes Leben“ wirklich ausmacht. Und dem haben auch die Grünen, die den Begriff Nachhaltigkeit gerne für sich reklamieren, nichts entgegenzusetzen. Sie verharren in altem Denken und in ihren Standbildern. Ihre Konzepte der Bevormundung müssen scheitern. Symbol dafür ist der „Veggie-Day“.

So arbeitet die Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“

Die Kommission hat über 45 Mitglieder und Gäste. Wir haben Politiker, Bürgermeister von Städten und Gemeinden, nachhaltig wirtschaftende Unternehmer, Konsum- und Umweltexperten, die Vertreterin eines Kreisbauernverbandes und einen Mediziner berufen. Wir haben Menschen zusammengebracht mit unterschiedlichem Hintergrund, mit unterschiedlichen Erfahrungen, aus verschiedenen Berufen und Altersstufen. Wir wollen neue Wege in der Parteilarbeit gehen und aus alten Denkschienen ausbrechen.

In der ersten Phase der Arbeit haben wir die Themen identifiziert. Dafür haben wir Experten befragt,

z.B. Bundesminister Dr. Peter Altmaier, der die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verantwortet, und Wissenschaftler, die über Lebenszufriedenheit, Glück und Zeitwohlstand forschen. Wir haben einen Open-Space veranstaltet – ein neues Format, bei dem sich nach einem Impulsvortrag aus dem Publikum heraus Arbeitsgruppen bilden und selbstgewählte Themen diskutieren. Auf unserem Parteitag in Köln hatten wir ein Forum mit dem bekannten Arzt und Kabarettisten Dr. Eckart von Hirschhausen und Matthias Hebler, der ökologisch korrekte Business-Hemden herstellt. In Intranet CDUplus gab es gleichzeitig eine lebhafte Diskussion unter unseren Mitgliedern.

Breites Themenspektrum

Es haben sich folgende Schwerpunkte herauskristallisiert:

Grundsätze: Wir müssen uns als CDU noch einmal vergewissern: Was meinen wir, wenn wir den inzwischen zum Modewort gewordenen Begriff Nachhaltigkeit verwenden? Dasselbe gilt für den Begriff Wachstum. Zwar sind wir uns einig, dass wir nicht immer mehr quantitatives Wachstum wollen, sondern ein qualitatives, das die Lebensqualität der Menschen und die Schonung der Umwelt beinhaltet. Doch wie schaffen wir den Umschwung?

Verbraucher und Gesundheit: Wie wollen wir konsumieren und wie können wir unseren Konsum ökologisch und sozial korrekt gestalten? Hier reicht das Spektrum von der Schaffung eines Kleiderlabels, über gesunde Ernährung und einer ganzheitlicheren Medizin bis zum nachhaltigen und sorgfältigen Umgangs mit Daten und Finanzen.

Unternehmen: Wie schaffen wir es, effizient und umweltfreundlich sowie fair gegenüber Arbeitnehmern, Verbrauchern und den Erzeugern und Zulieferern in den Entwicklungsländern zu produzieren? Wie gelingt es, dass Nachhaltigkeit von den Unternehmen nicht nur als Pflicht gesehen wird, einen Bericht vorzulegen, sondern als echter Business-Case. Und was bringen uns neue Geschäftsmodelle, wie z.B. die Share-Economy, die auf dem Teilen von Gütern und Dienstleistungen beruht.

Wohnen und leben: Ganz wichtig ist den Menschen ihr unmittelbares Lebensumfeld in den Städten und Regionen. Stichworte sind die lebenswerte grüne Stadt, der Erhalt lebendiger Dörfer im ländlichen Raum, Breitband- und Ärzteversorgung und altengerechtes Wohnen.

Nachhaltiges Regieren und Verwalten: Sicherheit und Verlässlichkeit sind für fast alle Menschen grundlegend. Das betrifft nicht nur die Sicherheit im polizeilichen Sinne, sondern auch stabile Rahmenbedingungen, die Langfristigkeit von politischen Entscheidungen und solide Haushalte.

Unsere Kommission verfolgt also einen sehr breiten Ansatz, aber das Thema „Lebensqualität und Nachhaltigkeit“ im Sinne von Zukunftschancen für alle erfordert auch ein breites und vernetztes Denken. Gleichwohl gibt es einige Themen, die sich wie ein roter Faden durch dieses Netz ziehen und ein spezieller Auftrag sind.

Digitalisierung ist ein Schlüssel zu Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Ein solches Thema ist die Digitalisierung, die – richtig angewandt – sehr hilfreich sein kann, um Lebensqualität zu steigern und Nachhaltigkeit zu sichern. Über smarte Cities sprechen wir schon intensiv. Aber das Thema smarte Regionen ist genauso wichtig für den ländlichen Raum. Das Transportfahrzeug, das passgenau Menschen und Güter auf einem über Datenverarbeitung optimierten Weg abholt und bringt, kann bald Wirklichkeit sein. Eine gute medizinische Versorgung wird sich in Zukunft auch auf die Telemedizin stützen.

Die Digitalisierung unterstützt uns genauso dabei, effizient und nachhaltig zu wirtschaften und zu konsumieren. Sie ermöglicht z.B. die Rückverfolgbarkeit von komplizierten Lieferketten und damit die Kontrolle der sozialen und ökologischen Standards weltweit. Und wenn ein Haushalt bald seinen Energieverbrauch quasi in Echtzeit nachverfolgen kann, dann wird dies zu erheblichen Energieeinsparungen führen.

Voraussetzung für dies alles ist, dass wir den Breitbandausbau vorantreiben, mit Daten nachhaltig umgehen und den Datenschutz gewährleisten. Konzepte dafür in der CDU-Programmatik zu verankern, ist eine der Aufgaben unserer Kommission.

Julia Klöckner (1972) studierte Politikwissenschaftlerin und kath. Theologin, arbeitete nach einem journalistischen Volontariat als Chefredakteurin, zog 2002 für die CDU in den Bundestag ein und wurde 2009 Parlamentarische Staatssekretärin. Seit 2011 führt sie die Partei und Fraktion der CDU Rheinland-Pfalz, seit 2012 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. In dieser Funktion leitet sie auch die Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren. Vorschläge, Kommentare und Anmerkungen dazu sind herzlich willkommen.: nachhaltig-leben@cdu.de.

27. April 2015

Thomas Strobl

Die Chancen der Digitalisierung gestalten

Wie haben Sie heute Ihren Arbeitstag begonnen? Meiner startete mit einem Blick auf mein Smartphone. Noch vor 30 Jahren, in einer Zeit, in der Computer als Jobkiller galten, wäre jeder für verrückt erklärt worden, der unseren heutigen Berufsalltag mit diesem „Mini-Computer“ hätte vorhersagen können. Dabei hat der technische Fortschritt unsere Art zu arbeiten schon immer radikal beeinflusst. Denken wir nur an die Erfindung der Dampfmaschine im vorvergangenen Jahrhundert. Der entscheidende Schlüssel zu Wirtschaft und Produktion im 21. Jahrhundert wird allerdings keine Maschine, sondern die Digitalisierung sein.

Wir nehmen die Chancen in den Blick.

Für eine Partei wie die CDU ist es selbstverständlich, dass wir alle Voraussetzungen schaffen, damit Deutschland eine führende Rolle im digitalen Fortschritt einnimmt. Dabei lassen wir uns nicht von Schreckensbildern leiten, sondern wollen uns auf die Stärken unseres Landes und unserer Menschen besinnen. Deutschland hat die besten Voraussetzungen, an der Spitze der Digitalisierung zu stehen. Im Fahrzeug-, im Maschinenbau und der Elektroindustrie sind wir bereits heute Weltspitze. Aber darauf ruhen sich unsere Unternehmen nicht aus. Sie sind dabei, unsere hervorragende Technik dem digitalen Wandel anzupassen. Viele Tüftler und Erfinder in Mittelstand und der Industrie arbeiten an den Chancen, damit wir auch weiterhin in Wohlstand leben und eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft spielen.

Aber: viele Menschen in Deutschland erleben die Digitalisierung und die Anforderungen, die mit ihr einhergehen, als Bedrohung ihres Arbeitsplatzes, der eigenen beruflichen Zukunft und der bislang für selbstverständlich gehaltenen sozialen Absicherung. Diese Ängste gilt es ernst zu nehmen.

Die Digitalisierung – wie im Grund jede Technologie – ist janusköpfig. Ich plädiere dafür, vor allem die Chancen zu sehen und diese richtig zu nutzen. Es gilt, die Digitalisierung selbst voranzutreiben, anstatt uns von ihr treiben zu lassen. Dann haben wir es auch in der Hand, das Beste für unser Land herauszuholen. Lasst uns auf der Digitalisierungswelle reiten und sie aktiv gestalten!

Die CDU schafft den Rahmen für Innovationen und gute Arbeitsbedingungen.

Wie das am besten gelingen kann, diskutieren wir derzeit in der von mir als stellvertretendem Bundesvorsitzenden geleiteten Parteikommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“. Als eine von drei CDU-Programmkommissionen erarbeiten wir ein Konzept für unsere Wirtschaftspolitik, das über das Wahljahr 2017 hinaus blickt. Wir gehen mit der Devise heran: Die Digitalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwicklung, die wir beeinflussen und gestalten können. Das haben wir bei der CDU bereits bei der Globalisierung so gehandhabt, die vor 20 Jahren noch bedrohlich wirkte, mit der wir heute aber gut zu leben gelernt und von der wir sogar sehr stark

profitiert haben. Und dafür holen wir jeden Einzelnen ins Boot.

Die Zukunft unseres Landes sind Menschen mit kreativen Ideen. Das müssen wir bei der Entwicklung von Lehrplänen für Schulen und Universitäten aber auch bei der Erwachsenenbildung im Blick haben. Ein zentrales Thema unserer Kommission wird deshalb die Bildung im Zeitalter der Digitalisierung sein, das „Lernen 4.0“. Wir haben gelernt: Man wird zukünftig im Leben ein bis zweimal etwas fundamental Neues lernen müssen. Wir wollen in der Kommission darüber nachdenken, wie es uns gelingen kann, dass sich niemand davor ängstigt, abgehängt zu werden, sondern stattdessen alle das lebenslange Lernen als Chance begreifen.

Nur wenn die Mitarbeiter in unseren Unternehmen Produkte und Dienstleistungen entwickeln, die auf dem Weltmarkt nachgefragt werden, können wir Arbeitsplätze und Wohlstand sichern. Die Arbeit der Zukunft muss daher in jedem Fall vom Menschen her gedacht werden. Als christliche Partei stellen wir daher den Menschen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen und fragen: Wer werden die handelnden Personen in der Arbeitswelt der Zukunft sein? Wie gestalten wir Arbeitsalltag und Arbeitsumfeld für die Menschen in der digitalisierten Zukunft?

Wie sieht das Arbeitsverhältnis der Zukunft aus?

Mit der Digitalisierung geht möglicherweise eine Steigerung der Produktivität einher und der einzelne Mensch wird mehr arbeiten. Andererseits heißt das auch, dass wir durch eine bessere Auslastung der vorhandenen Arbeitskraft auch weniger arbeiten könnten, ohne weniger produktiv zu sein. Wir sehen heute noch nicht ab, welche Arbeitsverhältnisse in Zukunft dominieren werden. Deshalb wollen wir die Chancen und die Risiken bearbeiten: Gute Ausbildung, Sozialversicherung und Arbeitsschutz werden wir auch in Zukunft brauchen, um Menschen vor den großen Risiken des Arbeitslebens abzusichern: alt, krank und arbeitslos zu werden.

Klar ist jedenfalls: Junge Menschen werden anders arbeiten als ihre Eltern. Wie immer bei technischem Fortschritt werden sich manche Tätigkeiten ändern oder gar wegfallen. Aber wenn wir unsere Chancen nutzen, werden deutlich mehr neue Arbeitsplätze entstehen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Menschen darauf vorzubereiten und die Nase vorn zu haben. Denn auch in Zukunft gilt: Ein guter Arbeitsplatz ist dort, wo man gerne hinget, weil man denen vertraut, für die man arbeitet, stolz sein kann auf das, was man tut, und wo Zusammenarbeit Spaß macht.

Auch Scheitern muss erlaubt sein.

Für uns werden allerdings nicht nur handfeste Zahlen von Bedeutung sein, sondern wir wollen die gesamte Gesellschaft im Blick haben. Wenn wir eine „neue Gründerzeit“ wollen, dann sollten wir auch versuchen, in Deutschland eine „Kultur des Scheiterns“ zu etablieren. Wir dürfen Geschäftsaufgaben und Insolvenzen nicht mehr als Untergang betrachten, wie es hierzulande leider häufig gesehen wird. Stattdessen sollte gelten: Aufstehen, kräftig schütteln, weitermachen. Misserfolge gehören ganz selbstverständlich zum Unternehmertum, wenn wir daraus lernen. Deshalb sollten wir keine Angst vor Fehlern haben. Eine zweite oder dritte Chance sollte stattdessen etwas ganz Selbstverständliches werden. Auch in unserer Kommission gibt es Menschen, die

gescheitert sind – und dies als Chance begriffen haben. Denn wenn es uns gelingt, in Deutschland Gründergeist zu vermitteln und die Angst vor der Erfolglosigkeit zu nehmen, dann haben wir schon viel gewonnen.

Die Digitalisierung ist nicht gefährlich an sich – sie ist nur gefährlich, wenn wir die Chancen nicht richtig nutzen. Deshalb müssen wir jetzt alles dafür tun, damit unser Land auf den digitalen Wandel vorbereitet ist. Dann haben wir es auch in der Hand, das Beste für unser Land herauszuholen. Und dann macht das Ganze großen Spaß!

Thomas Strobl MdB (1960) ist Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg und Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. In dieser Funktion leitet er eine von drei Zukunftskommissionen, die die Parteiarbeit inhaltlich und programmatisch weiterentwickeln sollen. Als Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist er für Justiz- und Innenpolitik zuständig.

4. Mai 2015

Stephan Eisel

Für eine Europaarmee als Ziel

Die europäische Sicherheitspolitik steht vor neuen Herausforderungen, die im üblichen Tagespragmatismus nicht zu bewältigen sein werden. So wie die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die Vision und Einführung des Euro einen Quantensprung erlebt hat, so bedarf die europäische Sicherheitspolitik einer Vision: Die Europaarmee.

Zu diesem langfristigen Ziel haben sich im Frühjahr 2015 erneut EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier bekannt. Freilich bleibt die Debatte um eine Konkretisierung bisher im Vagen. Dabei gilt wie für alle großen politischen Vorhaben: Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden. Die folgenden fünf Thesen beschreiben wesentliche Leitplanken für den Aufbau einer Europaarmee.

1) Europäische Selbstbehauptung bedarf einer gemeinsamen Europäische Armee.

Die Motivation der Gründergeneration "Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur!" war Begründungs- und Erfolgsmaßstab für die europäische Einigung. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Westen des Kontinents manifestiert ihren ersten Erfolg. Frieden und Demokratie auch in Mittel- und Osteuropa ist als zweites großes Ziel ebenfalls verwirklicht, wenn auch nicht ungefährdet: das haben und der Kosovo-Krieg 1998/1999, der Kaukasus-Krieg um Georgien 2008 und die Ukraine-Krise mit der militärischen Annexion der Krim durch Russland 2014 deutlich vor Augen geführt.

Nach der Selbstfindung der Europäer durch die Verankerung von Frieden und Freiheit auf dem eigenen Kontinent ist die Selbstbehauptung Europas in der zusammenwachsenden Welt die neue Notwendigkeit und zusätzliche Legitimation der europäischen Einigungsbewegung.

Uns Europäern muss im Zeitalter der Globalisierung klarer werden, dass wir nur ein kleiner Teil dieser Welt sind. Heute leben nur etwa 7,5 Prozent der Weltbevölkerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. 2050 werden wegen des unterschiedlichen Bevölkerungswachstums nur noch rund 4 Prozent der Menschheit Europäer sein.

Wir Europäer haben als kleine Gruppe in der Weltgesellschaft nur dann eine Chance, unsere Werte, unsere politische Kultur, unsere Lebensweise und unseren Wohlstand zu bewahren, wenn wir politisch noch mehr zusammenrücken und noch enger zusammenarbeiten. Dabei ist die Sicherheitspolitik nach allen Maßstäben des Subsidiaritätsprinzips unzweifelhaft eine gemeinsame europäische Aufgabe. Sie ist allein national nicht zu bewältigen. Wenn sich Europa an der Lösung globaler Sicherheitsfragen nicht beteiligt, marginalisiert es sich zudem selbst.

2) Wir brauchen eine Europaarmee zum Schutz vor Terror und Völkermord.

Ohne konkrete Instrumente wie eine Europaarmee bleibt europäische Sicherheitspolitik letztlich eine Theorie ohne reale Bedeutung. Das ist umso gefährlicher als die traditionell nationalen Armeen

obliegende Grenzverteidigung längst nicht mehr die einzige Herausforderung für europäische Sicherheitspolitik ist. Hinzugetreten, sogar dominierend sind die Bedrohungen des internationalen Terrorismus sowie brutalste Angriffe auf Zivilisation und Menschenrechte, die nicht zuletzt zu massiven Flüchtlingsströme auslösen. Europa wird sein eigenes Grundwerteverständnis nur dann glaubwürdig behaupten können, wenn es sich bei der grundlegenden Verletzung dieser Grundwerte auch außerhalb Europas nicht einfach abwendet.

Die neuen Bedrohungen unserer Sicherheit ignorieren traditionelle geographische Grenzlinien, sie marschieren nicht ein, sondern tauchen plötzlich im Kernland auf. Terroristische Aggression richtet sich längst weniger gegen Einzelne, sondern hat vielmehr die Destabilisierung ganzer Staaten zum Ziel. Aber auch die Bedrohung z.B. durch Raketen aus diktatorischen Ländern, denen es nicht um Eroberung geht, sondern nur um Vernichtung, kennt den Grenzkonflikt nicht.

Deshalb kann man diesen Gefährdungen unserer Sicherheit auch nicht einfach nur durch den Schutz unserer Grenzen begegnen, sondern muss sie durch das Einschreiten gegen Bedrohungsursachen am Ursprungsort bekämpfen. Dabei ist die beste Terrorbekämpfung der Aufbau von Wohlstand und Demokratie. Dies bedarf aber der militärischen Absicherung, weil Terroristen genau diesen Aufbau mit aller Gewalt verhindern wollen. Wir brauchen eine Europaarmee gegen militärisch-terroristische Angriffe ebenso wie für den notwendigen Schutz zivilen und humanitären Engagements vor Ort.

3) Ohne Europaarmee bleibt die transatlantische Brücke brüchig

Alle Schritte zu einer vertieften gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik sind als Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft anzulegen. Die transatlantische Sicherheitsbrücke NATO hat zur Zeit im Blick auf die Kapazität zur Sicherheitsgewährleistung für die Bürger einen stabilen nordamerikanischen Pfeiler und einen eher sich als lockeren Steinhaufler präsentierenden europäischen Pfeiler.

Dies sichert der Brücke keine dauerhafte Stabilität. Die Diskussion um ein gerechtes "burden sharing" führt ohne eigene europäische Militärkapazität in die Sackgasse einer asymmetrischen Aufgabenteilung: Die einen schicken Soldaten, die anderen Geld. Diese Spannung hält die transatlantische Brücke auf Dauer nicht aus. Deshalb ist eine Europaarmee als Festigung des europäischen Pfeilers ein entscheidender Beitrag zur Stabilität der transatlantischen Brücke. Dabei soll eine Europaarmee nationale Armeen nicht ersetzen, sondern als eigenständige Einheit ergänzen.

4) Die Europaarmee soll eine Armee der Bürger Europas sein

Als Konglomerat der Abordnung nationaler Militärkontingente würde die Europaarmee ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Wir brauchen eine eigenständige europäische Institution entsprechend z.B. der Europäischen Zentralbank. Alle EU-Bürger sollen sich für die Europaarmee bewerben können. Voraussetzungen Qualifikation könnte z.B. die Grundausbildung durch mindestens zweijährige Zugehörigkeit zu einer nationalen Armee sein.

Die Bürger, die bei entsprechender Qualifikation der europäischen Armee angehören, dürfen ebenso wenig wie die Beamten der EU-Kommission nationaler Weisung oder nationalem Zugriff

unterliegen. Nationale Regierungen dürfen ihre Bürger an der Mitwirkung ebenso wenig an der Zugehörigkeit zur Europaarmee hindern wie z. B. an der Arbeit in der Europäischen Zentralbank. Es geht hier nicht um das Prinzip nationaler Abordnung, sondern um den Grundsatz bürgerschaftlicher Eigenverantwortung.

Die inneren Strukturen der europäischen Armee müssen demokratietauglich sein und vom Prinzip des Staatsbürgers in Uniform ausgehen. Über den Einsatz der Europaarmee entscheidet folgerichtig das Europäische Parlament als Vertretung der Bürger Europas. Aus dem nationalen sollte also ein europäischer Parlamentsvorbehalt werden.

Deshalb setzt eine Europaarmee setzt auch gemeinsame europäische Sicherheitsinstitutionen voraus: Einen vollwertigen Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlaments zur demokratischen Kontrolle des Militärapparats, eine europäische Militärakademie zur Ausbildung der Führungskräfte, ein europäisches Lufttransportkommando als Voraussetzung für die Erreichbarkeit von Einsatzgebieten außerhalb der EU-Außengrenzen, eine stärkere europäische Verteidigungsagentur zur effizienten Beschaffung von Waffen- und Ausrüstung sowie die auch militärische Nutzung z. B. des europäischen Navigationssystems GALILEO zur eigenständigen Aufklärung usw..

5) Die Europaarmee ist das nächste große Europaprojekt

Die europäische Einigung wurde immer von zunächst visionären, oftmals als unerreichbar verspottetem Zielen vorangetrieben: Dem Abbau der Grenzen und den Wegfall der Grenzkontrollen, der Direktwahl des Europäischen Parlaments und der konsequenten Ausweitung seiner Rechte, der völligen Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger, der Einführung des Binnenmarktes mit seinen einheitlichen Standards und zuletzt der Einführung der einheitlichen Währung mit einer unabhängigen Zentralbank.

Solche weitreichenden Integrationsprojekte verdeutlichen den Bürgern über den Tagespragmatismus hinaus die Wichtigkeit des weiteren Zusammenwirkens Europas. Die Europaarmee eignet sich auch interpretationspolitisch als nächstes großes europäisches Projekt, weil es unterschiedliche Handlungsfelder umfasst, einen Lösungsweg für immer deutlicher werdende Sicherheitsgefahrenlagen aufzeigt und europäisches Handeln für die Bürger demonstriert.

Der unvermeidliche Diskussionsprozess ist gewollt, denn er rückt die europäische Politikebene ins Blickfeld. Die Größe der Aufgabe entspricht der historisch einmaligen Qualität der europäischen Einigung.

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und -quer.de

11. Mai 2015

Michael Borchard

Deutschland und Israel

Gedanken zum 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Es gibt kaum ein Wort, mit dem man im politischen und diplomatischen Diskurs sparsamer umgehen sollte, als mit dem Begriff des „Wunders“. Hartnäckige Rationalisten sagen gar es gibt gar keine Wunder. Und doch gibt es keine einzige historische Entwicklung die diese Bezeichnung mehr verdient hätte als die Qualität des Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor genau 50 Jahren. Die 50 Jahre stehen niemals allein. Vor 70 Jahren sind die Konzentrationslager befreit worden. Der Anblick, der sich den Soldaten bot, die durch die Toreinfahrten in diese Hölle auf Erden traten, hat das ganze Ausmaß der systematischen und grausamen Ermordung der europäischen Juden deutlich gemacht.

Als Premierminister Levi Eschkol und Bundeskanzler Ludwig Erhard den Vertrag zum Austausch der Botschafter unterzeichnet hatten, haben sie sich wohl kaum träumen lassen, was weniger als 50 Jahre später ihre Nachfolger vertraglich besiegeln: Ein Abkommen, das ebenso symbolisch wie dramatisch verdeutlicht, welche Art von Beziehungen die beiden Länder inzwischen unterhalten. Die Rede ist vom jüngsten Konsularabkommen, in dem festgehalten ist, dass die Bundesrepublik Deutschland israelischen Staatsbürgern, die in Not geraten sind, in jenen Ländern konsularische Vertretung und Schutz gewährt, in denen Israel nicht über eine Repräsentanz verfügt. Wenn das kein Wunder ist: Deutschland, eben jenes Land, in dem die Shoah ihren Ausgang genommen hat als „offizielle“ und von Israel gewollte Schutzmacht für verfolgte Israelis.

Sinnbildlich zeigt dieses Abkommen, dass gerade auf der Ebene der Eliten immenses Vertrauen gewachsen ist: Deutschland ist, wie eine Umfrage zeigt, die die Konrad-Adenauer-Stiftung zu Anfang des Jubiläumjahres veröffentlicht hat, unter den europäischen Nationen das mit Abstand beliebteste Land in Israel. Die deutsche Bundeskanzlerin genießt geradezu astronomische Beliebtheitswerte. In welchem anderen Land erreicht die Frau oder der Mann an der Spitze der Regierung Sympathien um die 70 Prozent?

Also alles im Lot zwischen Israel und Deutschland? Allerspätstens mit 50 Jahren verfallen männliche Vertreter der Gattung „Homo sapiens“ gelegentlich in eine Lebenskrise, neudeutsch „Midlife-Crisis“ genannt. Sie blicken wehmütig auf Ihr Leben zurück, obwohl sie eigentlich auf dem Höhepunkt ihrer Karriere und ihrer sozialen Anerkennung stehen und fragen sich, was das Leben noch bringen wird. Gibt es so eine „Midlife-Crisis“ auch in den deutsch-israelischen Beziehungen? Wie sieht es jenseits der Feiertagsreden, jenseits der steifen Rituale wirklich um diese so essentielle Verbindung der beiden Völker die alles sein kann, aber niemals „normal“ sein wird, wie es der große Amos Oz bestätigt hat. Was bereitet an diesem Feiertag, am 12. Mai 2015 Sorgen? Eine besonders drückende Herausforderung ist es, die Oberflächlichkeit zu bekämpfen. Wunderbar wird das in einem der typisch tiefsinnigen israelischen Witze deutlich: Ein Deutscher sitzt in einem Straßencafé in Tel Aviv und hämmert einen Text in seinen Laptop. Ein anderer Deutscher sieht ihn und freut sich: „Du bist in Israel, wie schön! Wann bist Du gekommen? Gestern! Und wann fährst Du wieder? Morgen! Ja, und was machst Du da? Ich schreibe ein Buch! Ach interessant. Wie wird das Buch denn heißen: „Israel – gestern, heute und morgen“. Diesem Typus des „Nahostverstehers“,

der sehr schnell bereit ist, sich ein abschließendes Bild von einer der komplexesten Regionen dieser Welt zu machen, begegnet man nicht selten in Deutschland.

Auch wenn man sich tunlich vor dem Ritual der Medienbeschimpfung hüten sollte: Die Journalisten, die, wie es eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung einmal ermittelt hat, zu mehr als 70 Prozent ihre politische Sozialisierung im linken Spektrum – mitsamt aller Sympathien für die palästinensischen Anliegen – erfahren haben, zeichnen nicht selten ein unausgewogenes Bild Israels.

Das führt zur zweiten Sorge: Die gegenwärtigen „Flitterwochen“ scheinen eine ziemlich einseitige Angelegenheit zu sein, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt. Der Blick aus Deutschland nach Israel ist ungleich kritischer als die umgekehrte Perspektive, nur 36 Prozent haben eine gute Meinung von Israel. Die eigene Studie der Adenauer-Stiftung zeigt, dass dahinter auch ein kulturelles Muster steht: Je jünger und je religiöser Israelis sind, desto skeptischer ist der Blick auf Deutschland. Viele demoskopischen Befunde sprechen dafür, dass die junge Generation in Israel auch vor dem Hintergrund eines subjektiv gestiegenen Bedrohungsempfinden immer religiöser, immer patriotischer, immer militaristischer wird. Die deutsche Jugend dagegen ist in großen Teilen postreligiös, postmilitaristisch und postnational.

Während das tradierte Lebensmotto in Deutschland lautet: „Nie wieder Krieg!“, lässt sich die israelische Haltung in „Nie wieder Opfer!“ zusammenfassen. Letztlich fahren hier zwei Züge in eine unterschiedliche Richtung. Es mag banal klingen, aber es stimmt, was der große Martin Buber gesagt hat, dessen 50. Todestag wir gleichfalls in diesem Jahr gedenken: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“. Der Erfolg dieses Jubiläumsjahres wird sich daran messen lassen müssen, inwiefern es uns gelingt, Begegnungen zwischen den Zivilgesellschaften noch einmal auf eine wesentlich ambitioniertere Stufe zu stellen. Shimon Stein hat ein Defizit an Empathie beklagt, den mangelnden Willen, wirklich hinter den alles dominierenden Nahostkonflikt zu schauen und zu erkennen, was für ein aufregendes, faszinierendes und im wahrsten Sinne des Wortes „junges“ Land hinter diesem Schleier zum Vorschein kommt.

Die dritte Sorge ist der zunehmende Zeitdruck: So sehr kein Zweifel daran bestehen darf, dass die Zweistaatenlösung der einzige Weg ist, der die Existenz Israels als jüdischen und demokratischen Staat dauerhaft sichern kann, so sehr ist unsicher, ob das Fenster zu dieser Lösung ewig geöffnet bleiben wird. Regelmäßige Umfragen der Adenauer-Stiftung und des renommierten Truman-Institutes der Hebrew-University zeigen, dass die Zustimmung zu dieser Lösung seit Jahren abnimmt und im Dezember erstmals auf 50 Prozent gefallen ist. Was das mit Deutschland zu tun hat? Unsere Umfrage über die Einstellung der Israelis und der Palästinenser gegenüber Deutschland zeigt, dass beide Seiten eine aktivere, vermittelnde Rolle im Nahostkonflikt von den Deutschen erwarten. Beinahe 60 Prozent sehen Deutschland als „ehrlichen Makler“ im Konflikt. Das mag ein unbeliebtes „Danaergeschenk“ sein, eine „gordische“ Aufgabe mit mehr als ungewissem Ausgang. Nur können wir, wenn es uns mit dem in Israel so positiv aufgenommenen Satz Merkels von der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson ernst ist, abwarten und Tee trinken – auch wenn es noch so schwierig ist, Israel von den existentiellen Vorteilen dieser Lösung zu überzeugen?

Die vierte Sorge ist deshalb, dass der Pessimismus obsiegt: Um noch mal auf die Wunder zu rekurren: Übervater und Adenauer-Freund David Ben Gurion hat es zum Ausdruck gebracht: „Wer nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist“ : Dass es in Israel und Deutschland an Realisten und an Wundern in den ersten 50 Jahren nicht gemangelt hat, muss jedenfalls kein schlechtes Zeichen für die nächsten 50 Jahre sein – Mazel tov!

Michael Borchard (1967) leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem. Zuvor war Herr in der Stiftung Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung sowie Redenschreiber für Helmut Kohl und Bernhard Vogel.

18. Mai 2015

(Langfassung)

Hans Maier

Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum

- was wäre anders?

Die Frage, „was wäre, wenn...was wäre anders?“ war in der ernsten Forschung lange Zeit verpönt. Das ist verständlich; denn *beweisen* lässt sich auf diesem Feld so gut wie nichts und *vermuten* fast alles. Aber nachdem auch strenge Methodiker in jüngster Zeit gegenüber dem Kontrafaktischen freundlichere Töne angeschlagen haben (und dies nicht nur im nahegelegenen Feld der Zeitgeschichte), lasse ich die entsprechenden Hemmungen beiseite. Ich will fragen, ob es eine spezielle Beziehung zwischen dem Christentum und dem demokratischen Verfassungsstaat gibt - und ob der Wegfall des einen für den anderen spürbar wäre. Dabei spitze ich die Frage auf die *Entstehungsbedingungen* des *regimen limitatum* zu: Wäre der demokratische Verfassungsstaat, wie wir ihn kennen, ohne das Christentum überhaupt entstanden? Und welche christlichen Impulse sind in ihn eingegangen, in ihm „aufgehoben“?

Ich will diese beiden eng miteinander verbundenen Fragen – sie bilden gewissermaßen das Ob und das Wie unseres Themas - am Beispiel von drei Vorgängen näher verfolgen, die ich, ganz vorläufig, mit folgenden Stichworten charakterisiere: 1. Entgötterung der Welt, 2. Neues Bild des Menschen, 3. Zeit und Verantwortung. - „Christentum“ verstehe ich dabei als ein Ganzes, ungeachtet der zweifellos vorhandenen geographischen, historischen und konfessionellen Trennungen; und mit dem „demokratischen Verfassungsstaat“ ist nicht eine spezifische historisch-nationale Gestalt gemeint, sondern die in der westlichen Geschichte hervortretende (und im demokratischen Zeitalter unumkehrbar gewordene) Tendenz, politische Gewalt unter ethische und rechtliche Bindungen zu stellen, ihr Ziele vorzugeben und Schranken zu setzen.

I. Entgötterung der Welt

Fragen wir zunächst danach, wie das Christentum die Denk- und Lebensformen der umgebenden politischen Welt verändert hat. Offensichtlich handelt es sich um eine „Umwertung aller Werte“: denn an die Stelle der Einheit von Kult und Politik, an die Stelle des Anspruchs der Polis, „Kirche ihrer eigenen Religion zu sein“ (Joseph Ratzinger), tritt in den neutestamentlichen Zeugnissen eine Zweiheit, wie sie am bündigsten im sogenannten Zinsgroschengleichnis (Mk 12, 13-17) umschrieben wird, wo es heißt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“

Das bestimmt auch das Verhältnis der frühen Christen zu den politischen Gegeben-

heiten ihrer Zeit. Das Christentum tritt hervor in einer Welt, in welcher der Friede Roms, die Pax Romana, herrscht. Und es trifft in den ersten Jahrhunderten seiner Ausbreitung auf eine universelle politische Religion: den Kaiserkult. Auf der Höhe der augusteischen Epoche wird das goldene Zeitalter ausgerufen; die Götter sollen *für immer* versöhnt, ein Friede soll *auf ewige Zeiten* gesichert werden. Eine politische Eschatologie breitet sich aus in der gesamten von Rom beherrschten Welt, mit verschiedenen Akzenten in West und Ost, aber mit dem selben universellen Anspruch: Während der Kaiser in Rom als *princeps auctoritate* regiert, wird er in der östlichen Reichshälfte als *Gottheit* verehrt, zu der man um die Fortdauer des Friedens betet.

Der römische Staat war der Erbfolger der griechischen Polis-Idee. Er hatte diese Idee ins Ökumenische erweitert, indem er das Bürgerrecht der Stadt ausgeweitet hatte zu einem römischen Weltbürgerrecht. Er hatte zugleich die alte Polis- Einheit von Kult und Politik erneuert und sie zum zwingenden Gesetz des Reiches gemacht. In der Verehrung der römischen Kaiser gipfelte der Kult der Götter. An diesem Punkt, dem Kaiseropfer, entbrannte der Streit mit dem jungen Christentum.

Die Haltung der frühen Christenheit zu Kaiser, Obrigkeit, politischer Gewalt ist, wie bekannt, nicht auf eine einfache Formel zu bringen. Quietistische Bescheidung, duldernder Gehorsam finden sich in den Zeugnissen ebenso wie die herausfordernde These „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5, 29) – Vorbote jahrhundertlang immer wieder aufflammender Kämpfe zwischen christlicher Kirche und weltlichem Regiment. Als Kontinuum in den wechselnden geschichtlichen Situationen treten zwei Züge hervor: Die Christen gehorchen, apostolischer Weisung folgend, der Obrigkeit; und sie beten – selbst in Verfolgungszeiten und ungeachtet ihrer entschiedenen Ablehnung des Kaiseropfers – für den Kaiser und für das Heil des Reiches. Freilich, wem gehorchen, für wen beten sie? Sie gehorchen einer Obrigkeit, die unter Gottes Gericht steht; und sie beten für einen Kaiser, der ein Herrscher ist, nicht ein Gott. Wo Obrigkeit ist, da ist sie im christlichen Verständnis von Gott verordnet. Wo ein Kaiser herrscht, da hat er keine Macht – es sei denn, sie wäre ihm „von oben gegeben“. So ist aller Gehorsam eingebettet in eine fundamentale Reduktion weltlicher Macht: Kein irdischer Herrscher kann sich *post Christum natum* absolut setzen und für das Ganze ausgeben, keiner kann die Geschichte ans Ende bringen, die Götter versöhnen, den Weltfrieden ausrufen.

Mit Christi Inkarnation und Opfertod ist „die Zeit erfüllt“, der Bann irdisch- geschichtlicher Macht gebrochen. Alle Mächte und Gewalten werden durch Christus „zur Schau gestellt“ und ihres dämonischen Charakters entkleidet. Dämonisch ist nach christlicher Lehre, was sich Gott nennt, ohne es zu sein. Kaiser und Reich, Staat und Herrscher werden zu Dämonen, wenn sie göttliche Allmacht für sich beanspruchen. Diesem Anspruch darf, ja muss sich der Christ widersetzen, denn er weiß, dass er auf Usurpation beruht und damit nichtig ist; er durchschaut die Faszination des

Scheingöttlichen als eitles Blendwerk, als Maskerade, als *pompa diaboli*.

Damit werden Staat und Politik etwas anderes, als sie bis dahin waren – sie enthüllen sich in einem radikalen Sinn als menschliche Schöpfung, als „Menschenwerk“. Das Politische ist nichts Göttliches. Es wird – christlich gesprochen, zu sich selbst, zu seinen irdischen Zwecken befreit. Seine eigene, nicht mehr mit Religion und Kult ununterscheidbar verflochtene Geschichte beginnt. In mancher Hinsicht beginnt sie erst jetzt.

So steht *vor* dem Dienst der alten Kirche am Staat in Gestalt von Gebet und Gehorsam ein anderer, fundamentalerer Dienst: die Entdivinisierung, Entgötterung (oder wiederum christlich gesprochen: die Entdämonisierung) des Staates – die Auflösung der spätantiken Symbiose von Kaiser, Reich und Gottesverehrung. Dass dies ein Dienst *am Staat* sei, eine Befreiung des Staates zu sich selbst, ein Schritt zu seiner rechtlichen Bindung, Vergesetzlichung, Kontrolle – das musste heidnischen Betrachtern freilich wie eine Blasphemie erscheinen. Viele verdächtigten daher die Christen, die in ihren Augen die Sorge um die Götter, die religio, vernachlässigten, als „Atheisten“.

Aber auch die Christen selbst lösten sich nur langsam von den überlieferten politisch-religiösen Denkweisen. Das zeigen die regelmäßigen Rückfälle in eine – nunmehr christlich gefärbte – Rom- und Reichstheologie in der Geschichte des Christentums seit Konstantin. Allzu nahe lag die Versuchung, auch in christlichen Zeiten Himmel und Erde immer wieder durch ein forderndes „Gott will es!“ kurzzuschließen und so den weltranszendenten Gott in irdische Kämpfe und Konflikte zu verstricken. Überhaupt: Die leidenschaftlich- gewalttätige Versicherung der Welt in Gott scheint ein ewiges menschliches Bedürfnis zu sein. Man kann die Linien aus bis in die Gegenwart hinein ausziehen. Immer wieder kommt es auch in der Moderne zu Regressionen in die mythische Einheit von Kult und Politik, zur Leugnung des für die Geschichte nach Christus geltenden „eschatologischen Vorbehalts“. Selbst in der abgeschwächten Form der „Zivilreligion“ rivalisiert diese Tendenz bis heute mit den Kräften christlicher Weltfreigabe. Bei vielen herrscht die illusionäre Erwartung, Christus sei der „Ordner der Welt“ und nicht vielmehr deren „tödliche Freiheit“ (Reinhold Schneider).

Dennoch: Die Geschichte des Christentums ist die Geschichte einer fortwährenden Destruktion „politischer Theologien“. Die Lehre von der göttlichen Monarchie scheiterte am trinitarischen Dogma. Die Pax Augustea im Sinn eines ewigen Friedens fand ihre Grenze an der christlichen Eschatologie. Der christliche Kaiser des Mittelalters verlor im Investiturstreit seine numinosen Qualitäten. In der Neuzeit wurden nacheinander die monarchische Geschichtstheologie Bossuets und ihr Gegenstück, die theologische Demokratielehre der Konstitutionalisten in der Französischen Revolution, entzaubert. Darin wird deutlich, dass das Politische im christlichen Äon nicht mehr, wie in der Antike, rundum den Daseinssinn des Menschen bestimmt und

beherrscht, dass es vielmehr ein Nicht-Absolutes, ein Vorletztes darstellt, das für den Menschen Dienst- und Instrumentcharakter hat. Der Christ nämlich soll, nach einer Formulierung Augustins, diese Welt, auch die politische, nicht „anbeten“, sondern „pflügen“ – das heißt sie erkennen und konstruktiv weiterbilden. Ist dieser christliche Exorzismus am selbstbezogenen Staat in den neueren Jahrhunderten schwächer geworden? Kehrt am Ende der Neuzeit die antike Theopolitie zurück? 1929 schrieb Hermann Heller angesichts der modernen Totalitarismen den prophetischen Satz: „Der Staat kann nur totalitär werden, wenn er wieder Staat und Kirche in einem wird, welche Rückkehr zur Antike aber nur möglich ist durch eine radikale Absage an das Christentum“ (Europa und der Fascismus, 1929, 56). Eric Voegelin und Raymond Aron haben die Gewaltregime der jüngsten Vergangenheit – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – als „politische Religionen“ bezeichnet. Sie sahen in deren Bemühen um eine quasi-religiöse Dimension politischer Ordnung Parallelen zu den Modellen der antiken politisch-religiösen Einheitskultur. Die modernen totalitären Regime sind aber zugleich auch die Fratze eines pervertierten Christentums, von dem nur äußere Ordnungen, Zwang und Disziplin übriggeblieben sind. Mit ihren „reinen Lehren“, ihren Inquisitionstribunalen und Ketzergerichten, ihren Dissidenten und Renegaten, Apostaten und Proselyten äffen sie problematische Entwicklungen in der Geschichte des Christentums nach. „Was nachgeahmt wird“, sagt Marie-Joseph Le Guillou, „ist oft die Sünde des Christentums“.

Es ist kein Zufall, dass der Auftritt der modernen Gewaltregime Hand in Hand geht mit einem überdimensionalen Wiederaufleben von Personenkult, Vergöttlichung der Herrscher, Apotheose der „toten Helden“ im Umkreis totalitärer Politik. Dafür gibt es nur antike Parallelen. Man denke an die „Pantheonisierung“ Lenins im Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau, an die kultische Verehrung des Revolutionsführers durch Menschen aus Russland und der ganzen Welt (bis heute!), an die Erlösungs- und Auferstehungsdramaturgie der Feiern für die Toten des 9. November in Deutschland Adolf Hitlers, an anbetungsgleiche Aussagen über politische Führer wie „Er organisierte die Berge / und ordnete die Küsten“ (Stalin) oder: Seine Ideen sind „die Sonne die ewig scheint“ (Mao Tse Tung).

Man könnte denken, das sei heute Vergangenheit, ein Rückfall in mythische Vorstellungen einer „politischen Religion“ sei wenig wahrscheinlich, die Schreckenserfahrungen totalitärer Herrschaft lägen noch zu nahe. Doch der „redivinisierte“ (Eric Voegelin) Staat bleibt nach meiner Meinung auch für die Zukunft eine reale Gefahr – zumal in vielen Teilen der einstmaligen christlichen Welt das postchristliche religiöse Vakuum fortbesteht. Überall, wo die christliche Scheidung der Gewalten in Frage gestellt wird, wird der Staat notwendigerweise zum Alleinherrscher ohne Appellationsinstanz, zur selbstbezogenen Macht, gegen die sich der einzelne nur unter Aufbietung aller Kräfte des Willens und des Intellekts zu wehren vermag. Es gehört zum Bild einer „Welt ohne Christentum“, dass in ihr mit dem omnipotenten Staat zugleich auch der *Terror antiquus* und der panische Angstschrei der Opfer

wiederkehrt.

II. Neues Bild des Menschen

Aber das Christentum hat nicht nur die spätantike Welt „entgöttert“ – es hat auch ein neues Bild des Menschen entworfen. Wie sieht es aus? Wie wird der Mensch in den Texten der Evangelien geschildert? Welche Bedeutung hat die christliche Anthropologie für den Staat und sein Handeln?

Das Neue Testament sieht den Menschen unter mancherlei Winkeln der Fragwürdigkeit. Nicht das Edle, Wohlgeratene, Vollendete steht im Vordergrund – auch Arme, Kranke, Besessene, Hässliche, Niedrige, und gerade sie, haben ihren Platz in den biblischen Erzählungen. Dass sie ebenso zu den Adressaten der „Frohen Botschaft“ gehören wie die Reichen und Mächtigen dieser Welt, dass auch für die letzten unter ihnen, die am Rand der Gesellschaft leben, der Ruf des Menschensohnes gilt, dass der Ruf zur Umkehr buchstäblich „an alle“ ergeht – das hebt das christliche Menschenbild ab vom griechischen Ideal der Schönheit und „Wohlgeratenheit“, einem Ideal, das nur wenige erreichen können, das den meisten verschlossen bleiben muss.

Der Mensch wird im Christentum auf eine neue Weise gesehen. Er wird in seiner Schwäche, Unzulänglichkeit, Erbärmlichkeit erkannt und ohne Vorurteile angenommen. Krankheiten, Behinderungen gehören mit zu seiner Bestimmung. Die alten Unterscheidungen – „Wohlgeborene“ und „Missgeborene“, Eigene und Fremde, Kulturmenschen und „Barbaren“ - fallen mit der Zeit dahin (es dauert freilich auch in christlichen Zeiten lange!). Jesus ist nicht gekommen, Gerechte zu berufen, sondern Sünder zur Buße. So ist auch die moralische Sphäre, die Sphäre der Gerechtigkeit nicht mehr die höchste; höher steht die Liebe, um derentwillen „viel vergeben wird“ – eine Liebe, die sich den Menschen erst erschließt, seitdem „der Menschensohn mit Zöllnern und Sündern zu Tisch gesessen hat“. Erik Peterson hat das Neue des christlichen Menschenbildes mit den Worten gekennzeichnet: „Der Menschensohn, der in die Hände des Menschen überliefert wird, muss vieles leiden (Lk 9, 22). Aber in dem Opfer des Menschensohnes vollzieht sich nun ein Austausch der Begriffe vom Menschen. Es stirbt der alte Mensch mit seinen Fanghänden, und es ersteht der neue Mensch, der sich opfert. Wer also eine klare Antwort auf die Frage haben will: ‚Was ist der Mensch?‘, dem ist sie in dem ‚Ecce homo‘ des mit Dornen gekrönten Menschensohnes gegeben“ (Theologische Traktate, Neuausgabe 1994, 136-138).

Das frühe Christentum nimmt diese Linien auf; es entwickelt Formen des Zusammenlebens, die sich von den Gewohnheiten seiner Umgebung deutlich abheben. Neue charakteristische Elemente treten hervor: die Aufhebung sozialer Schranken; die Praxis des Miteinander (allelon); die Bruderliebe, die Feindesliebe – endlich das Verständnis der Gemeinde als Gemeinschaft der Heiligen in der Welt und als Zeichen für die Völker.

War das frühe Christentum eine Zeit der Distanz, der Kritik an der umgebenden Kul-

tur, der Erwartung des Weltendes und der Wiederkunft Christi, so kehrten sich in der Folgezeit die Akzente um. Mit der Entstehung einer christlichen Gesellschaft in Ost- und Westrom, später im Norden, Nordwesten und Osten Europas erwachte eine stärkere Weltaktivität der Christen. Mit dem Christlich-Werden ganzer Völker wuchs die Kirche im Abendland aus ihrer alten Minderheits- und Diaporasituation hinaus. Kirche und Staat begannen die Menschen eines bestimmten Raumes gemeinsam zu umfassen. Eine Identifikation der Kirche mit der politischen Gemeinschaft des Volkes wurde möglich. Christliche Impulse wirkten vielfältig in die Öffentlichkeit hinein. Der Staat wurde zum erweiterten Leib des Kirchenvolkes. Was wir heute „Volkskirche“ nennen, nimmt seinen Anfang von dieser historischen Konstellation.

Im Unterschied zur antiken Anschauung, die mit Herren und Sklaven als einem selbstverständlichen, „natürlichen“ Faktum rechnete, war das Vorhandensein von Herrschafts- und Diensträngen in einer vom Christentum geprägten Gesellschaft nicht einfach eine naturhafte, mit der Geburt gegebene Tatsache. So musste sich der jeweilige Herrschaftsträger vor seinen Mitmenschen und vor Gott verantworten, da er seine Herrschaft als „Lehen“, als Amt und Auftrag (trust), nicht als willkürlichen Besitz innehatte. Hierin lag die Möglichkeit einer Modifikation von Herrschaft, ihrer Umwandlung in eine Ordnung, in der sich eine allseitige Verantwortlichkeit entwickeln konnte – die Grundvoraussetzung für den modernen Rechts- und Verfassungsstaat.

Kirche und geistlicher Stand waren an diesem Prozess in doppelter Weise beteiligt. Einmal war der Klerus selbst – in Grenzen – ein Aufstiegsstand. Er konnte frei gewählt werden, man wurde nicht ihn hineingeboren. Sodann hielt die kirchliche Predigt und Erziehung über den Hierarchien und Würden, der Pracht und dem Stolz der Mächtigen immer wieder den Gedanken der evangelischen Gleichheit wach. Diese Vorstellung begann vor allem im hohen und späten Mittelalter wirksam zu werden. Sie wurde zum Ferment einer geistigen und politischen Neugestaltung. In den Totentanzdarstellungen malte sich die Zeit ein Gegenbild ihrer pupurn-hochmütig einher-schreitenden ständischen Ehren und Würden. Der große Rollentausch am Jüngsten Tag war ein Leitmotiv in der Predigt der Bettelmönche. So differenzierte die Kirche das adelig-bäuerliche Herrschaftsgefüge, formte es aus einem Verhältnis von Gewalt und Gehorsam zu einem Verhältnis gegenseitiger Rechte und Pflichten um. Erst dadurch konnten aus Machträgern und Machtunterworfenen „Stände“ innerhalb eines größeren Ganzen werden. Unreflektierte Machtausübung wurde zur Wahrnehmung eines „Amtes“. Noch die reformatorische Sittenlehre und in ihrer Fortsetzung die christliche Staatslehre eines Seckendorff stand in dieser Tradition, wenn sie die weltlichen Stände, Obrigkeiten und Untertanen in eine christliche Ordnung eingefügt und durch „allgemeine Vergliederung und Einleibung in die Gemeinschaft der Kirche“ zu einem „geistlichen Leibe“ verbunden sah.

So versteht man, dass sich im Schoß der Kirche eine Vielzahl von Tätigkeiten entwickelte, die wir heute ganz unreflektiert als „staatlich“ empfinden: Personenstandswe-

sen, Sorge für Arme und Kranke, Einrichtungen der Erziehung, Bildung, Wissenschaft. Das waren keine Usurpationen. Dem Staat – der noch kaum existierte – wurde nichts weggenommen. Vielmehr entstanden diese Tätigkeiten unmittelbar aus dem Eingehen der Kirche in die Welt. Sie standen im Dienst einer sich allmählich ausformenden christlichen Ordnung des Lebens. So der Personenstand: der einzelne wurde – über Familie, Sippe, Stand hinaus – in seiner Individualität erkannt. So Erziehung und Bildung: die breite Wirkung christlicher Lehren wäre nicht möglich gewesen ohne sie. So das Armen- und Krankenwesen: in einer christlichen Umwelt durfte kein Mensch ins Leere fallen. Hier sind Elemente moderner politischer Kultur vorgeprägt: es gibt in der Antike keine *institutionellen* Einrichtungen, die modernen Schulen, Fürsorgeanstalten, Krankenhäusern vergleichbar wären.

So hinterlässt das biblische Menschenbild deutliche Spuren in der Geschichte des modernen Rechtsstaats, Sozialstaats, Kulturstaats. Das Bild des leidenden, geopferten Menschensohnes hält die Erinnerung wach an die Leidenden und Armen – und an die Pflichten der Gesunden, Reichen, Mächtigen ihnen gegenüber. Das christliche Kreuz wirft die Frage auf nach dem Sinn von Leid und Tod. Es erinnert an die Grenzen menschlichen Handelns und Planens und leistet dadurch Aufklärung über den Zustand der wirklichen Welt.

Auch hier kann man die Frage stellen: Existiert der heutige Rechts- und Sozialstaat, der den Menschen in seiner Individualität und Sozialität schützt, seine Entfaltung möglich macht und ihn im Alter, in Krankheit und Not nicht im Stich lässt, unabhängig von seinen christlichen Ursprüngen? Trägt er sich – wie vieles in postchristlichen Zeiten - „von selbst“, ohne einer geschichtlichen oder geistigen Begründung zu bedürfen? Oder braucht er noch den christlichen Bezugsrahmen?

In der Tat sind viele Anstöße des Christentums in die politischen Sachstrukturen der Moderne eingegangen. Wir vertrauen darauf, dass Menschenwürde und Menschenrecht, Freiheit und sozialer Ausgleich für alle einleuchtend, überzeugend, selbst-evident sind – tatsächlich scheinen sie es weithin zu sein.

Und doch wissen wir nicht, ob die Kultur des Sozialstaats den Untergang der Nächstenliebe überstehen würde, ob die Solidarität mit dem Nächsten nicht verschwinden müßte, wenn dieser nur noch der Fremde, der Andere wäre, der Konkurrent, ja der Feind. Und kann es so etwas wie soziale Verantwortung überhaupt noch geben, wenn der Schutz des Lebens grundsätzlich in Frage gestellt wird, sei es nun das Leben der Ungeborenen oder das der Alten, Behinderten, Dementen?

„Nicht alles Leben ist heilig“ – so zitierte DER SPIEGEL in Heft 48/2001 den in Princeton lehrenden australischen Bioethiker Peter Singer. „Wir fällen Entscheidungen darüber, welche Art von Leben wir fortsetzen wollen und welche nicht.“ Singer spricht von einer Revolution der Ethik, von einer kopernikanischen Wende, hervorgerufen durch neue biologische Erkenntnisse über das Frühstadium wie über das Endstadium des Menschen. Seine ‚nejustierte‘ utilitaristische Ethik läuft darauf

hinaus, dass nur der Mensch, der über ein Bewusstsein verfügt, nicht aber ‚jeder atmende, warme menschliche Organismus‘ über Menschenrechte und Menschenwürde verfüge. Singer weist auf den Wandel der Werte hin – und auf die Tatsache, dass in älteren Kulturen die Tötung von Neugeborenen keineswegs als grausam galt. ‚Im antiken Griechenland wurde ein Kind erst nach 28 Tagen in die Gesellschaft aufgenommen – vorher durfte man es in den Bergen aussetzen...‘ Singer kann sich nach eigenem Bekunden eine Gesellschaft vorstellen, die ‚eine Unterscheidung machen würde zwischen den Babies, die wirklich geliebt und aufgezogen werden, und anderen, die man der Wissenschaft spendet.‘ Das volle Lebensrecht will er einem Neugeborenen erst nach einer Phase von 28 Tagen zuerkennen – gleichfalls eine aus dem antiken Griechenland entlehnte Idee.

Einer der Väter der Genforschung, Erwin Chargaff, hat schon vor Jahren sein Erschrecken darüber geäußert, dass im gegenwärtigen Forschungsdiskurs dem Machbaren keinerlei ethische Schranke mehr entgegenzustehen scheine. ‚Der Ton im Labor hat sich unerhört verändert. Es war anfangs tatsächlich bukolisch, wie eine freudige Angelpartie. Die Sprünge, die man jetzt macht, sind dagegen schreckenerregend...ich meine seit langem, dass die Molekularbiologie über die Stränge schlägt und Sachen tut, die sie nicht verantworten kann‘ (FAZ, 2.6.2001).

Nicht nur bei Naturwissenschaftlern, Philosophen, Ethikern weckt die Gentechnik widersprüchliche Gefühle, die zwischen utopischen Erwartungen und der Furcht vor unkalkulierbaren Risiken schwanken. Die bioethischen Debatten beschäftigen auch ein breites Publikum. Ein 2003 erschienenes Buch mit dem Titel ‚Was wollen wir, wenn alles möglich ist?‘ enthält 8500 Fragen von Bürgern zur Bioethik, die im Internet gesammelt wurden. Sie spiegeln Hoffnungen und Ängste. ‚Werden Eltern behinderter Kinder eines Tages bestraft?‘ lautet eine der Fragen, eine andere: ‚Heißt das, dass jede Behinderung eines Menschen nun noch mehr niederschmetternde Blicke auslösen wird, die da signalisieren, warum haben dich deine Eltern nicht verhindert?‘ ‚Kann man bald auch ein gewünschtes Verhalten züchten?‘ ‚Jede Geburt ein Volltreffer! Schön, schlau und kerngesund. Was passiert mit den Nieten?‘ Andere fragen: ‚Wenn man mit einem Leben tausend andere retten könnte, kann man dieses eine Leben dafür opfern?‘ ‚Ist es nicht an der Zeit, den hippokratischen Eid umzuformulieren, um klare Grenzen abzustecken?‘ ‚Defekte Gene – selber schuld?‘ Und wieder andere: ‚Wer hat eigentlich beschlossen, dass ein Mensch mit Down-Syndrom kein lebenswertes Leben hat?‘ ‚Kann sich keiner vorstellen, dass man auch mit Behinderung glücklich sein kann?‘ ‚Wer darf darüber entscheiden, was ethisch ist und was nicht?‘ Und zugespitzt: ‚Ich bin schizophren. Werde ich jetzt bald getötet?‘ (zit. nach SZ 25.9.2003).

Eines zeigen diese Fragen deutlich: Vieles Moralische versteht sich in unserer Gesellschaft nicht mehr ‚von selbst‘. Die festen Überzeugungen – ‚Das tut man einfach nicht, das ist unmöglich! – sind ebenso im Schwinden wie der Konsens über die Heiligkeit und Unverfügbarkeit des Lebens. Vieles lange Zeit hindurch

Selbstverständliche muss heute ständig neu diskutiert, begründet, verteidigt werden. Die allen gemeinsamen, „egalitären“ Voraussetzungen von Moral und Recht geraten aus dem Blick. Daher die Konjunktur der „Ethikräte“ und die Verwandlung vieler Normen in flexible Positionen eines offenen, nie abgeschlossenen „Diskurses“. Vor allem die Stellung des behinderten Lebens in der Gesellschaft gerät angesichts immer besserer und früherer biomedizinischer Erkenntnis- und Verhütungsmöglichkeiten in Gefahr. Es droht zu einem der Abwägung unterworfenen „Gut unter Gütern“ zu werden. Auf die drohenden Gewöhnungseffekte solcher Instrumentalisierung, auf den unvermeidlichen Verlust kultureller Überlieferungen, die bisher allen gemeinsam waren, und das moralische Vakuum, das entstehen muss, wenn Menschenwürde und ‚Heiligkeit des Lebens‘ zur Disposition gestellt werden, haben jüngst Jürgen Habermas, Wolfgang Frühwald und Ernst Wolfgang Böckenförde eindringlich warnend hingewiesen.

III. Zeit und Verantwortung

Ein drittes Fundament des modernen Verfassungsstaates hängt deutlich mit christlichen Überlieferungen zusammen: ich meine das Gefühl für den Wert der Zeit, ihre Unwiederbringlichkeit und Unwiederholbarkeit – und das daraus erwachsende „responsible government“, die Wahrnehmung politischer Aufgaben in festen, kontrollierbaren Verantwortungszeiten und –räumen.

Es hat sich dem westlichen Menschen in Jahrhunderten christlicher Erziehung tief eingepägt, dass die Zeit eine Frist ist, begrenzt und kostbar, und dass sie unaufhaltsam voranschreitet, dem Ende zu. Aus diesem Gefühl erwuchs eine strenge Kultur der Lebensgestaltung, eine Ordnung des Zählens, Messens, Einteilens, die vom Stundengebet der Mönche bis zum Kalender der Kaufleute, vom altchristlichen „Ora et labora“ bis zum modernen Countdown, vom Computus der Computisten, die im Frühmittelalter den Ostertermin berechneten, bis zum modernen Computer reicht. Arno Borst hat diese sprachlichen und geschichtlichen Zusammenhänge in seinem Buch „Computus. Zeit und Zahl in der Geschichte Europas“ (21991) eingehend dargestellt.

Das Christentum hat deutliche Spuren in unserem Zeitbewusstsein hinterlassen. Die Abkehr von sozial differenzierten Ortszeiten, die Zählung und Messung der Zeit nach allgemeinen Maßstäben, die Entstehung einer einheitlichen Weltzeit – das alles hängt mit der Kultur der Zeiteinteilung und Zeitverwendung zusammen, wie sie seit den Anfängen der Christenheit vor allem in den Klöstern (aber auch in der Liturgie, im christlichen Kalender, im Kirchenjahr) entwickelt worden war. Ganz selbstverständlich zählen wir unsere Jahre nach einem Ereignis, das nicht am Anfang, sondern in der Mitte der Geschichte liegt, der Geburt Jesu Christi. In Handel und Kommunikation, in der Erinnerungskultur, in den Datierungen geschichtlicher Ereignisse gilt die christliche Zeitrechnung sogar global - selbst in Gebieten mit anderer Zeitrechnung (China, die islamischen Länder usw.) wird - zumindest ergänzend - nach ihr gerechnet.

Auch die modernen Instrumente der Zeitmessung sind in einer christlichen Zivilisation entstanden. Moderne Zeit als „gezählte Zeit“ beginnt mit der mechanischen Uhr, beruhend auf der Spindelhemmung mit Waagbalken, die im späteren Mittelalter – also in Europas „Erster Moderne“ – erfunden wurde. Zwar folgte die Konjunktur der Uhren bald eigenen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und modischen Gesetzen. Aber noch in der europäischen Expansion seit dem 15. Jahrhundert, in Mission und Kolonisation erscheinen Uhren zunächst in einem christlichen Kontext. Als europäische Jesuitenpatres im 16. Jahrhundert in China missionieren, führen sie Uhren mit sich – diese öffnen ihnen sogar die Pforten des kaiserlichen Palastes in Peking. Bis zur Auflösung ihrer Mission leitete immer ein Jesuit die Uhrenwerkstatt und –sammlung des Kaisers. Auch Franz Xaver soll schon 1550 Yoshitaka Ouchi, dem Gouverneur vom Yamaguchi, eine Uhr überreicht haben – nach allgemeiner Meinung die erste mechanische Uhr europäischer Herkunft in Japan (Carlo M. Cipolla).

Die Uhr ist ein Ausdruck der Herrschaft über die Zeit. Auch der christliche Kalender erwuchs aus einem Herrschaftsanspruch: Christi Herrschaft über die Zeit war für Christen der Anlass, die Orientierung an der kaiserlichen Zeitrechnung zu überprüfen – eine Entwicklung, die dann zu einer eigenen christlichen Zeitrechnung führte. Seit 525 ist die Zählung *nach* Christi Geburt bezeugt. Die Jahre *vor* Christi Geburt zählte man noch lange – jüdischer Übung folgend – von Erschaffung der Welt an. Erst in der Neuzeit, genauer in der Aufklärung, wurde auch die Zählung nach rückwärts allgemein üblich – die Gründe lagen in der größeren Präzision gegenüber den stark divergierenden Daten der Welterschöpfung. Während noch Bossuet mit beiden Zählungen gearbeitet hatte, verwendete Voltaire die „volle“ prospektive und retrospektive Zeit-Zählung: nach Christus und vor Christus.

Auch der moderne Verfassungsstaat hat, wenigstens indirekt, einen seiner Ursprünge im christlichen Umgang mit der Zeit. Denn das Christentum macht politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen. Damit werden die überlieferten Formen politischer Identifikation des einzelnen mit der Bürgergemeinde brüchig. Es genügt jetzt nicht mehr, dass der politisch Handelnde für die Bürgerschaft das Äußerste wagt und sich mit seiner Gemeinde – wenn er erfolgreich ist und nicht untergeht - in ewigem Ruhm verbindet. Die bedingungslose bürgerliche Hingabe, der „Heimfall ans Allgemeine“ (Jacob Burckhardt) – Kern des antiken politischen Ethos – wird in christlichen Zeiten fragwürdig. Die Vergöttlichung erfolgreicher Feldherrn, Magistrate, Kaiser erscheint als pure Blasphemie. Während die Antike in Gestalt des Heros und der Tragödie die Vergangenheit unmittelbar in die Gegenwart hineinreißt (und sie damit aus Zeit und Vergänglichkeit herausnehmen will), stellt das Christentum Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Verantwortungsräume der politisch Handelnden klar und scharf nebeneinander. Am Beispiel des Ruhmes enthüllt Augustin die Selbstbezogenheit, die latente Verantwortungs-Unfähigkeit der antiken politischen

Kultur. Der Staat wird von ihm entschlossen in die Zeit gestellt und auf das Recht gegründet. Denn ohne Gerechtigkeit sind die Staaten nach seinem berühmten Wort nichts als „große Räuberbanden“.

Verantwortung wird in christlichen Zeiten neu und strenger gefasst: Wie der Mensch über sein ganzes Leben Rechenschaft ablegen muss vor dem ewigen Richter, so wird jetzt auch der politische Bereich zum Raum persönlicher Verantwortung; jeder Schritt muss bedacht, jede Handlung überlegt und abgewogen werden. In den Fürstentümern entwickeln sich Formen einer religiös-pädagogischen Ethik.

Mittelalterliche Politik arbeitet mit religiös begründeten Instrumenten und Sanktionen. In der Neuzeit macht der Katholizismus die Herrscher rechenschaftspflichtig gegenüber Kirche, Priestertum, Gewissen. Im Protestantismus sind die institutionellen Gewichte schwächer, die inneren Gewisseninstanzen aber bestehen fort – von der bewusst kirchlichen Politik evangelischer „Betefürsten“ zur Zeit der Reformation bis zu dem individualistischen Umgang Bismarcks mit den Losungen der Brüdergemeinde.

Den entscheidenden Schritt zur *Organisation von Verantwortlichkeit* tut dann freilich erst der moderne Verfassungsstaat. Er schafft klare Verantwortungsräume und Verantwortungszeiten. Er macht deutlich, wer sich zu verantworten hat, in welchen zeitlichen Abständen, vor welchen Instanzen, mit welchen Verfahren der Bestätigung oder Verwerfung. Vor allem: Er zerlegt die Machtausübung und macht sie dadurch der Übersicht und Kontrolle zugänglich. Eine Vielzahl rechtlicher und politischer Verantwortungsfelder entsteht. Sie dehnen sich in der modernen Demokratie auf die ganze Breite des Staatslebens aus: *responsible government* heißt schließlich, dass die Herrschenden insgesamt den Beherrschten verantwortlich sind.

Zeit und Verantwortung – die Gegenwart bietet ein vielgestaltiges, oft verwirrendes Bild. Einerseits erleben wir, wie die kulturellen Folgen des Christentums in vielen Bereichen ihre letzte Steigerung erfahren – oft gelöst von ihrer Herkunft. Andererseits schwindet die Bereitschaft zur Übernahme und Weitergabe dieses Erbes – selbst unter Christen. Einerseits lässt die technische Zivilisation alle Menschen, und keineswegs nur die Christen, die unerbittliche Linearität der Geschichte empfinden – die schattenlose Verantwortlichkeit des Menschen in einer „weltlichen Welt“. Andererseits erschrickt der Mensch vor seinen Taten: viele möchten ausbrechen aus dem christlich initiierten „Ein-für-allemal“, hinein in alte und neue Kosmologien, in Esoterik, Wiederkehr des Gleichen, in Wiedergeburt und Wiederherstellung.

Die weite und diffuse Diskussion zu diesem Thema kann hier nicht referiert werden. Eines scheint mir aber sicher: Die christliche Zeitlinie darf nicht aufgegeben werden – sie kann auch nicht zum Kreis gebogen werden im Sinn einer „ewigen Wiederkehr“. Fluchtbewegungen aus dem strikten Zusammenhang des „Gestern-Heute-Morgen“ würden nicht nur das christliche Zeitverständnis preisgeben, sondern auch die Kultur der Verantwortung, ja die Struktur unseres öffentlichen Lebens im

ganzen in Frage stellen. Wie will man politische und soziale Rechenschaftspflicht begründen, wenn an die Stelle des linearen Fortgangs der ewige Kreislauf tritt? Gilt dann nicht allein der Wille vor aller Vernunft, wird nicht jedes Recht notwendig zum Vorrecht der Mächtigen, landet man nicht notwendig in einer Gesellschaft, in der nichts wahr und daher alles erlaubt ist?

Wer dies feststellt, muss nicht blind sein gegenüber den Schwierigkeiten, denen die christliche Zeiterfahrung heute bei vielen begegnet. Sie ist häufig vom Fortschrittsparadigma überlagert worden; ihr personaler und geschichtlicher Charakter erscheint verdunkelt. Politisches Handeln von Christen ist aber mehr als eine mechanische Fortbewegung nach dem Gesetz des „größer-höher- schneller“. Es ist eine Fortbewegung auf ein Ziel, ein Ende zu. Die Zeit hat einen Anfang und ein Ende. Der Christ weiß, dass das Ende immer schon nahe ist. So misstraut er den Programmen innergeschichtlicher Perfektibilität. Er weiß, dass der Fortschritt – den er begrüßt – nicht unendlich sein kann, weil die Welt auf ihr Ende zuläuft und eines Tages von „Gottes Zeit“ eingeholt wird.

Diese Einsicht muss keineswegs bedrückend sein, sie kann befreiend wirken. Denn sie macht den Menschen fähig, über sachliche und pragmatische Lösungen in politischen Fragen nachzudenken. Auch der Christ soll und darf das bedenken, was das Zweite Vaticanum die „Autonomie der weltlichen Sachbereiche“ genannt hat. Er weiß, dass ewiges Heil und irdisches Wohl nicht einfach identisch sind, dass man der „Welt unter Gott“ nicht mit dem Gestus der Allwissenheit, noch weniger mit einem Auserwähltheitswahn begegnen darf. Und so kann er sich in den profanen Feldern von Wirtschaft, Politik, Kultur vertrauensvoll und ohne Zwang bewegen – „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie unser Grundgesetz behutsam und bescheiden sagt.

Hans Maier (1931) wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilian-Universität München und war 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1988 bis 1999 war er ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl).

1. Juni 2015

Alois Glück

Menschen auf der Flucht

Die Weltbevölkerung wird in zunehmender Geschwindigkeit eine Schicksalsgemeinschaft. Wir sind Teil dieser Schicksalsgemeinschaft, deren Entwicklungen und Konflikte uns früher oder später alle erreichen und herausfordern werden. Wir möchten gerne in der Perspektive der Exportnation bleiben, die von den Entwicklungen in der Welt gern profitiert, neben den Absatzmärkten auch weltweit die Urlaubsziele sucht, – und ansonsten von den Unannehmlichkeiten dieser Welt möglichst nicht betroffen werden will. Jetzt zerplatzen diese Illusionen.

Die aktuell schmerzlichste und gleichzeitig größte Aufgabe dieser Entwicklung sind die wachsenden Flüchtlingsströme in der Welt, die auch uns immer mehr erreichen. Von mehr als 50 Millionen Flüchtlingen in der Welt wird berichtet. Sie werden aus politischen oder religiös-weltanschaulichen Gründen in ihrer Heimat verfolgt. Sie haben dort keine Aussicht auf ein gutes Leben oder auch nur auf das Überleben. In manchen Regionen der Welt gefährdet auch der Klimawandel ihre natürlichen Lebensgrundlagen. Die meisten von ihnen wollen in der Nähe ihrer Heimatregion bleiben und hoffen, eines Tages dorthin zurückkehren zu können. Andere dagegen versuchen, über die Türkei oder über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, um dort Asyl beantragen zu können.

Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die Herausforderung der Flüchtlingsfrage – eine Aufgabe für die Staatengemeinschaft, die größer und komplexer als die Bewältigung der weltweiten Finanzkrise ist. Wie gehen wir mit dieser Entwicklung um? Heute, morgen und übermorgen? In unserem Land, in Europa und in weltweiter Solidarität?

Für die nach Europa flüchtenden Menschen braucht die Europäische Union dringend ein einheitliches und umfassendes Konzept, um deren katastrophaler Situation angemessen und gerecht begegnen zu können – nur so können Leben gerettet werden. Die verheerenden Schiffsunglücke der letzten Wochen müssen ein Weckruf für uns alle sein. Für die Staaten, für die Politik und für die Bürgerinnen und Bürger einer Europäischen Union, die sich als Wertegemeinschaft versteht.

Das ist gegenwärtig die größte menschliche und politische Herausforderung für uns alle als Bürgerinnen und Bürger, für die Politik, für die Kirchen. Aus unserem Menschenbild erwächst die Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen und Leben zu retten. Rettungsprogramme müssen dringend gestartet und ausgebaut werden, um Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu bewahren.

Die Europäische Union muss als Zukunftsstrategie mit höchster Dringlichkeit eine gemeinsame Afrikapolitik entwickeln. Im eigenen Interesse und aus Solidarität mit den Menschen. Die Bevölkerung Afrikas wird sich nach den Prognosen bis 2050 verdoppeln. Der Altersdurchschnitt liegt bei ca. 25 Jahren. Diese Menschen suchen und brauchen eine Zukunftsperspektive. Europa kann sich hier nicht durch einen Zaun oder eine Mauer abkapseln.

Wir müssen dazu beitragen, dass sich die Lebenschancen insbesondere der jungen Generation in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge aus Afrika entscheidend verbessern. Gerade die gut ausgebildeten und am ehesten mobilen Menschen unter ihnen brauchen eine Bleibeperspektive, da sie unersetzbar sind für eine umfassende Entwicklung ihrer Staaten in Wirtschaft, Politik,

Gesundheitswesen und Verwaltung.

Die größten Brutstätten des Terrorismus und der brutalsten Gewalt sind die Länder, in denen die Staatsgewalt zusammengebrochen ist. Das ist auch ein bitteres Erbe des „arabischen Frühlings“. Das ist der Nährboden für den organisierten Menschenhandel, für rücksichtslose Schleuser, die den verzweifelten Menschen die riskante Überfahrt nach Europa verkaufen und im Zweifel deren Tod in Kauf nehmen. Dagegen muss die internationale Gemeinschaft gemeinsam wirksam tätig werden!

Wir müssen in den Staaten Europas schließlich auch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Sie müssen fair auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden. Die Länder an den Außengrenzen der Europäischen Union, aber auch die Länder, die bereits überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen, wie zum Beispiel Schweden, Österreich und Deutschland, dürfen mit den Problemen nicht alleingelassen werden. In anderen Ländern Europas ist es bereits gang und gäbe, dass Ängste vor Flüchtlings- und Einwanderungsströmen geschürt werden und die Regierungen sich diesem Druck beugen. Ängste dürfen nicht verdrängt werden, sie dürfen aber auch nicht kultiviert und instrumentalisiert werden. Auch hier gilt: Angst ist ein wichtiger Signalgeber, aber die Angst darf uns nicht beherrschen und lähmen.

Hier sind Initiative und Führung notwendig. In Deutschland, in Europa und ebenso in unseren Kirchen. Die konkrete Aufgabe ist, die Willkommenskultur in unserem Land weiter zu pflegen. Eine insgesamt erfreuliche Entwicklung, die auch so benannt werden darf. In unserer Kirche gibt es bereits viele segensreiche Initiativen in Pfarrgemeinden, Verbänden und der Caritas, denen ich von Herzen für ihr Engagement danke. Wir dürfen hier nicht nachlassen, sondern werden in Zukunft noch mehr auf diesem Gebiet gefordert sein.

Denn ebenso konsequent müssen wir Position beziehen, und zwar Gegenposition und Widerstand, gegenüber all denjenigen, die gegen Flüchtlinge, Asylsuchende, Menschen aus anderen Ländern, Kulturkreisen und Religionen Stimmung machen. Und es muss auch klar sein: Für Christen können Gruppierungen, die gegen diese Menschen Stimmung machen und Aktionen gegen sie planen, nie und nimmer ein politischer oder kirchlicher Partner sein – auch wenn sie noch so viele scheinbar christliche Werte propagieren und behaupten, diese zu verteidigen.

Alois Glück (1940) ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Von 1970 – 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und dort 1988-2003 Vorsitzender der CSU-Fraktion und 2003 – 2008 Präsident des Landtages. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

8. Juni 2015

Norbert Lammert

100 Jahre nach dem Völkermord in Armenien:

Wahrheit ist Voraussetzung zur Versöhnung

Bei der Erinnerung an die Deportationen und Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren am 24. April 2015 ging es um ein herausragendes historisches Ereignis mit nachhaltigen Folgen nicht nur für das Nachbarschaftsverhältnis zwischen der Türkei und Armenien.

Völkermord ist ein Straftatbestand im Völkerrecht für Taten mit der Absicht, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Das, was mitten im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich stattgefunden hat unter den Augen der Weltöffentlichkeit, war ein Völkermord. Er ist nicht der letzte im 20. Jahrhundert geblieben. Umso größer ist unsere Verpflichtung, im Respekt vor den Opfern und in der Verantwortung für Ursachen und Wirkungen die damaligen Verbrechen weder zu verdrängen noch zu beschönigen.

Wir Deutsche haben niemanden über den Umgang mit seiner Vergangenheit zu belehren. Aber wir können durch unsere eigene Erfahrung andere ermutigen, sich ihrer Geschichte zu stellen. Auch wenn es schmerzt: Das selbstkritische Bekenntnis zur Wahrheit ist Voraussetzung für Versöhnung. Dazu gehört, die Mitverantwortung des Deutschen Reichs an den Verbrechen vor 100 Jahren zu benennen. Obwohl die Reichsleitung umfassend informiert war, nutzte sie ihre Einflussmöglichkeiten nicht. Das Militärbündnis mit dem Osmanischen Reich war ihr wichtiger als die Intervention zur Rettung von Menschenleben.

Diese Mitschuld einzuräumen, ist Voraussetzung unserer Glaubwürdigkeit gegenüber Armenien wie der Türkei.

Geschichte erzwingt jenseits der historischen Fakten eine Deutung. Sie ist damit zwangsläufig politisch. Diesen Streit mag man beklagen. Aber er ist unvermeidlich. Seit den beispiellosen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts wissen wir, dass es keinen wirklichen Frieden geben kann, solange nicht den Opfern, ihren Angehörigen und Nachkommen Gerechtigkeit widerfährt, im Erinnern an das, was tatsächlich geschehen ist.

Auch heute werden Menschen Opfer von Verfolgung, aus politischen, ethnischen und auch aus religiösen Gründen, darunter Tausende Christen. Die Türkei leistet mit der Aufnahme von weit über eine Million Flüchtlingen eine immense, zu selten gewürdigte und manchen in Europa beschämende humanitäre Hilfe. Diese Bereitschaft, Verantwortung in der Gegenwart zu übernehmen, vergessen wir ausdrücklich nicht, wenn wir an das Bewusstsein auch der Verantwortung für die eigene Vergangenheit appellieren.

Die heutige Regierung in der Türkei ist nicht verantwortlich für das, was vor 100 Jahren geschah, aber sie ist mitverantwortlich für das, was daraus wird. Dass sie in einer eigenen Zeremonie einen Schritt auf die Nachfahren und den Nachbarn zugeht, würdigen wir ausdrücklich, vor allem aber die vielen mutigen Türken und Kurden, die sich zusammen mit Armeniern bereits seit Jahren um eine ehrliche Aufarbeitung dieses finsternen Kapitels der gemeinsamen Geschichte bemühen:

Schriftsteller, Journalisten, Bürgermeister, religiöse Führer. Ich denke an den Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und an den Journalisten Hrant Dink, der seinen Einsatz für die historische Wahrheit mit dem Leben bezahlte. Sie verdienen unsere Unterstützung, und sie brauchen sie auch.

Norbert Lammert (1948) gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an und ist seit 2005 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 ist er stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

15. Juni 2015

Dirk Bingener

Jugend und Kirche – passt das?

Seit 32 Jahren klingelt jedes Jahr am 27. Juni, an meinem Geburtstag, das Telefon und am anderen Ende der Leitung ist „der Bruder“ dran. Selbst 79 Jahre alt und ehemaliger Pastor meiner Heimatpfarre im Siegerland. Alle nennen ihn nicht mit seinem richtigen Namen sondern eben nur „Bruder“. Er selbst bezeichnet sich mittlerweile als Opa des neu gegründeten Seelsorgebereichs und fährt mit dieser neuen Rolle ganz gut. Der Bruder gehört zu den wunderbar unaufgeregten Pastören, die es wohl nur im Paderborner Erzbistum gibt.

Nicht nur, aber auch wegen dieses Mannes, bin ich selbst Priester geworden. Er ist so etwas wie ein Vorbild für mich. Ich bin heute ganz anders Priester, seit einigen Wochen nun Bundespräsident des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Aber die Erinnerung an die Zeit als Kind und Jugendlicher in der kirchlichen Jugendarbeit hilft mir, den Blick auf Wesentliches zu lenken. Und um es vorwegzunehmen: Auf die Frage so vieler, wie es die Kirche denn nun mit der Jugend hält: Selbstverständlich gehören Jugend und Kirche zusammen. Es stellt sich nur die Frage, wie das gelingen kann.

Es mag banal klingen, aber die 17 Jugendverbände und –organisationen im BDKJ mit ihren 660.000 Mitgliedern stehen Jahr für Jahr vor großen Herausforderungen, die im Kleinen bestanden werden wollen. Denn beispielsweise muss jedes Jahr jeder neue Wölfling in der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) neu lernen, wie man eine Jurte aufbaut, oder jede neue Leiterin bei der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) muss in der Gruppenleiterschulung neu lernen, was es zu bedenken gibt, wenn man eine Aktion für die Kinder und Jugendliche plant. Und jeder neue Hauptamtliche muss lernen, dass man in den Jugendverbänden nicht über die Jugend spricht, sondern dass Kinder und Jugendliche für sich sprechen, eigene Vertreterinnen und Vertreter wählen, ihr Recht wahrnehmen, dass jede Generation neue Fragen stellt und darauf neue Antworten findet.

Jugend und Kirche – Zeit und Vorbilder

Für all dies braucht es Zeit und Kontinuität. Nicht umsonst fordern wir nach all der zeitlichen Verdichtung der letzten Jahre endlich wieder mehr Freiräume in Schule, Ausbildung und Studium. Und neben aller Berechtigung von projekthaften Arbeiten braucht es Kontinuität und damit Struktur. Eine längerfristige Bindung prägt eben anders, besonders da, wo es um Haltungen, um Werte, ja um Beheimatung geht.

Darüberhinaus weisen die Jugendverbände zu Recht darauf hin, wie viel ehrenamtliches Engagement in ihren Reihen steckt und wie sehr die Ausbildung Ehrenamtlicher und deren Wertschätzung im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stehen. Ehrenamt braucht aber eben auch Hauptamt. Wir müssen daher Wege finden, wie sich die Attraktivität kirchlicher Berufe wieder steigern lässt- Studium und Ausbildung von Pastoral- und Gemeindeferent/-innen und von Priestern gilt es praxistauglich zu verändern. Junge Menschen brauchen Perspektiven, um sich einen Beruf in der Kirche vorstellen zu können. Wer nimmt sich in der Kirche dieser Fragen eigentlich systematisch an? Der BDKJ wäre jedenfalls dabei, denn hier liegt ein Schlüssel zu der Frage, ob Jugend und Kirche zusammenfinden.

Jugend und Kirche – Werte und Authentizität

Junge Menschen haben einen tiefen Sensus für das Thema Gerechtigkeit. Also dafür, ob es in unserer Welt gerecht zugeht. Wo es darum geht, ungerechte Verhältnisse aufzudecken und neue Wege zu finden, da ist theologisch gesprochen, die prophetische Kraft der Jugend gefragt und im politischen Handeln der Jugendverbände sichtbar. Mit dem Handlungsprinzip U28 (kurz für „Unter 28-Jährige“), das politisches Handeln danach beurteilt, ob Entscheidungen der Politik dazu dienen, allen heute und in Zukunft lebenden Kindern und Jugendlichen gleiche, gute Lebens- und Teilhabechancen zu ermöglichen, bietet sich dem BDKJ ein guter Maßstab, um für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen einzutreten. Dass dieses Handlungsprinzip nicht an Ländergrenzen halt macht, liegt auf der Hand und bezieht aktuell das Schicksal insbesondere junger Geflüchteter mit ein.

Vor allem aber muss auch die Kirche Menschen gerecht werden. Aus Sicht junger Leute ist es nicht mehr hinnehmbar, dass man homosexuellen Menschen sagt, wir akzeptieren dich, deine Partnerschaft aber nicht. Genauso wie es nicht mehr hinnehmbar ist, dass Frauen von Leitung in der Kirche ausgeschlossen sind. Was spricht dagegen, bundesweit die Hälfte aller Leitungsstellen in den Ordinariaten der Bistümer mit Frauen zu besetzen? Wird die Kirche also ein authentischer Ort sein, in der sich junge Christinnen und Christen für ihre Werte einsetzen können?

Jugend und Kirche – Orte und Veränderung

Mit der vor wenigen Wochen verabschiedeten „Theologie der Verbände“¹ hat sich der BDKJ seiner Grundlagen und seiner Verortung in der Kirche vergewissert und deutlich gemacht, dass Jugendverbände Kirche sind, in denen junge Menschen ihre Sendung, ihr Apostolat auf ihre Art und Weise leben. Sie tun dies, wie es für sie attraktiv ist und mit den Prinzipien, die ihnen sinnvoll erscheinen: Lebendigem Glauben, Lebensweltbezug, Partizipation, Selbstorganisation, Demokratie, Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit.

So sind sie in und außerhalb territorialer Strukturen Gemeinde. Was aber heißt es für das verbandliche Leben, wenn der Jugendverband, anders als früher, der einzige Ort ist, an dem Jugendliche Gemeinde und damit Kirche erleben? Oder auf der anderen Seite: Wie können sich Jugendverbände in die sich veränderten Strukturen der Kirche vor Ort einbringen, um so ihre Solidarität und ihr Interesse für den konkreten Sozialraum deutlich zu machen? Wenn der Kölner Erzbischof Kardinal Woelki von der Erneuerung der Kirche spricht und an kleine christliche Gemeinschaften denkt, dann fallen mir jedenfalls sofort unsere Jugendverbandsgruppen ein, als konkrete Orte, den Glauben auf moderne Art und Weise in heutiger Zeit zu leben.

Eine Vielzahl von weiteren Fragen stehen an: Wird es beispielsweise gelingen, sich noch mehr für benachteiligte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu öffnen? Wie können Jugendverbände Milieugrenzen überwinden, um so sich von Neuen und Neuem verändern zu lassen? Eins ist jedenfalls sicher: In der Bearbeitung dieser Fragen und damit der Veränderung liegt die Chance hin zu einer Kirche, die wieder wachsen kann, die Zukunft hat, weil Jugend in ihr einen Ort hat.

Dirk Bingener (1972) wurde im April 2015 zum neuen Bundespräsidenten des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gewählt. Zuvor er Diözesanpräsident des BDKJ Köln. Er studierte Theologie in Bonn und München und wurde 2000 zum Priester geweiht.

¹ Der Diskussionsbeitrag „Theologie der Verbände. Der Anteil der Verbände an der Sendung der Kirche“ steht unter <http://www.bdkj.de/bdkjde/themen/theologie-der-verbaende.html> zum Download bereit. Dort kann die Broschüre ebenfalls gedruckt bezogen werden

22. Juni 2015

Eva M. Welskop-Deffaa

Sozialpolitik wohin?

Die Zeiten, in denen man in der Rentenversicherung zwischen einer Arbeiter- und einer Angestelltenversicherung unterschied, sind vorbei. Der Wandel im Arbeitsleben hat seit den 90er Jahren dazu geführt, dass sich die Zahl der Versicherten in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) zulasten der Arbeiter-Rentenversicherung (LVA) immer stärker verschob; die 2005 vollzogene Fusion zur „Deutschen Rentenversicherung“ war die logische Konsequenz, wenn man die Leistungskraft der gesetzlichen Rente für Arbeiter wie Angestellte erhalten wollte.

Auch die Knappschaftsversicherung, ehemals „berufsständische“ Sozialversicherung der Bergleute, ist inzwischen in die Familie der Deutschen Rentenversicherung integriert – eigenständig könnte sie die guten Renten für die vielen Bergleute von gestern mit den Beitragszahlungen der wenigen Bergleute von heute längst nicht mehr aufbringen. In einer dynamisch sich wandelnden Arbeitswelt, in der Berufe und Branchen verschwinden, Grenzen zwischen blue und white collar-Arbeitnehmern im Computergrau verschwimmen, lässt sich soziale Absicherung nicht mehr als Solidarität unter Gleichen organisieren.

Heute gilt mehr denn je, was Oswald von Nell-Breuning schon in den 50er Jahren vorhersagte: Der Generationenvertrag in der Rente ist umso stabiler, je größer der Kreis derer, die einbezogen sind. Die Rentenversicherung ist eine Generationenversicherung, in der aus den Beiträgen der heute Erwerbstätigen die Renten derer finanziert werden, die gestern im Erwerbsleben standen, ganz unabhängig davon, ob sie mit Presslufthammer und Pickel oder mit Programmiersprache und Laptop ihre Arbeit erledig(t)en.

Erwerbstätigenversicherung

Der nächste Schritt, der nach der Fusion von BfA und Landesversicherungsanstalten folgen muss, ist die Vollendung eines einheitlichen Rentenversicherungssystems für ganz Deutschland Ost & West und die Erweiterung des Versichertenkreises der Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen – Soloselbstständige, crowd worker inklusive. So wie die Verschiebungen zwischen den Branchen, die mit der „digitalen Revolution“ an Fahrt gewinnen, die Eigenständigkeit differenzierter Versorgungssysteme mehr und mehr in Frage stellen, so fußt die Stabilität des Sozialversicherungssystems darauf, dass die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung entstehenden gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsgewinne zwischen aktiver und Senioren-Generation einerseits, zwischen den verschiedenen Versicherten andererseits fair verteilt werden.

Je mehr sich der Kreis der Versicherten mit dem der Bürgerinnen und Bürgern deckt, um so weniger werden sich Fragen nach „versicherungsfremden“ und „gesamtgesellschaftlichen“ Leistungen

stellen, um die heute erbitterte Debatten geführt werden. Eine solidarische Rentenversicherung zeichnet sich dadurch aus, dass das Äquivalenzprinzip nicht streng versicherungsmathematisch angewandt wird. Die Versichertengemeinschaft entscheidet, ob im „Versicherungspaket“ beitragsfreie Erwerbslosigkeitszeiten im Lebenslauf bei der Berechnung der Anwartschaftszeiten mit gezählt werden, ob Kindererziehung als eigenständiger Beitrag in der Rentenversicherung gewertet wird, und/oder ob für Menschen mit (phasenweise teilzeitbedingt) niedrigen Einkommen Aufwertungen ihrer Beiträge fingiert werden, damit möglichst wenige langjährige Beitragszahler_innen eine Rente unter Grundsicherungsniveau erhalten.

In einer „Bürger-Versicherung“ sind all dies Fragen, die zwischen den Versicherten ausgemacht und wesentlich durch Transfers zwischen den allgemeinen Anwartschaftsniveaus und denen der begünstigten Teilgruppen solidarisch finanziert werden können. Faktisch regelt die Versichertengemeinschaft die angesprochenen Fragen aber nicht selbst, sondern stellvertretend entscheidet der Gesetzgeber, das Parlament. Und der Solidarausgleich erfolgt nur begrenzt innerhalb der Versichertengemeinschaft; in großem Umfang wird er durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt auf die Schultern der Vielen verteilt, da Erwerbspersonen- und Versichertenkreis heute noch deutlich auseinanderfallen.

Beitragsfinanzierung und Selbstverwaltung

Seit ihrer Gründung ist die Rentenversicherung, ebenso wie die anderen Zweige der Sozialversicherung, im wesentlichen beitragsbasiert und als selbstverwaltete Körperschaft organisiert. Beitragsbasierung und Selbstverwaltung waren die beiden Struktur determinanten der Rentenversicherung, die dem ursprünglichen Bismarckschen Plan einer obrigkeitstaatlichen Fürsorgeleistung mühsam abgerungen werden mussten. Sie sind Garanten der Staatsferne einerseits und der Bürgernähe andererseits.

In den aktuellen Debatten um die Zukunft von Sozialpolitik und Sozialversicherung spielen Beitragsbasiertheit und Selbstverwaltung meist eine untergeordnete Rolle. Es wird häufiger ein höherer Steuerzuschuss zur Rentenversicherung gefordert als eine Ausweitung des Versichertenkreises. Es werden die Parlamentarier für rentenpolitische Entscheidungen kritisiert, ohne dass Forderungen nach einer gestärkten Selbstverwaltung zu hören sind. Für die Zukunftsfestigkeit der Sozialversicherungen ist eine Stärkung der sozialen Selbstverwaltung allerdings unbedingt geboten:

Aufgabe des Rechtsstaats ist die gleichmäßige Wertung der Interessen aller und die Förderung der Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen – der *soziale* Rechtsstaat hat ergänzend die Aufgabe des institutionalisierten Kompromisses der ökonomischen Klassen. Mit der sozialen Selbstverwaltung ist ein Mechanismus nicht nur zur Sicherung individueller Rechte, sondern auch zur Berücksichtigung kollektiver Positionen geschaffen, der den Sozialstaat stärkt. Die in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes geschützte Freiheit, „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ Vereinigungen zu bilden, ragt über die Tarifvertragsfreiheit hinaus und in die Gestaltung der Selbstverwaltung weit hinein: Arbeits- und

Wirtschaftsbedingungen werden nicht nur durch kollektives Arbeitsrecht, sondern auch durch die Sozialversicherungen gestaltet. Der Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in der paritätisch besetzten sozialen Selbstverwaltung führt zur Orientierung an der Vielfalt der Versicherten – zu effizientem und responsivem Handeln der Sozialversicherungen.

Sozialpolitik - wohin?

Auf der Suche nach einer guten Zukunft für die Sozialversicherungen sollte Politik den Gestaltungsraum für sozialpartnerschaftliche Selbstverwaltung vergrößern und wieder stärker darauf vertrauen, dass die Sozialpartner in der Selbstverwaltung die Interessen der Versicherten (und Leistungsempfänger) bestmöglich repräsentieren, dass sie bürgernahes Handeln der Sozialversicherungen wirksam einfordern und so die nötige Solidarität unter Ungleichen nachhaltig tragfähig gestalten.

Gleichzeitig gilt es die Beitragsorientierung der Sozialversicherung zu erhalten und zu stärken. Dies setzt voraus, dass Beiträgen eine adäquate Gegenleistung gegenübersteht: Die Absenkung des Rentenniveaus, die schon heute dazu führt, dass nach einem Erwerbsleben unter Durchschnittseinkommensniveau armutsfeste Rentenleistungen nicht mehr sicher sind, gefährdet die Legitimität der Beitragspflicht. Sie rückgängig zu machen, die Sicherheitsreserve anzuheben und den Kreis der Versicherten zu erweitern, gehört daher zu den dringenden to-dos einer folgerichtigen Sozialpolitik und zukunftsfesten Weiterentwicklung unserer gesetzlichen Rentenversicherung.

Eva M. Welskop-Deffaa (1959) ist Mitglied im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dort für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig. Sie ist Arbeitnehmervertreterin im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit und im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund, seit 2013 Mitglied im Bundesvorstand der CDA und seit 2015 Mitglied der CDU-Kommission "Zukunft der Bürgergesellschaft". Bis 2014 war Eva Welskop-Deffaa stv. Vorsitzende des Hildegardis-Vereins, Mitglied der Katholikentagsleitung Regensburg und Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken - dort auch Sprecherin für wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundfragen. Eva Welskop-Deffaa ist Diplom-Volkswirtin, verheiratet und Mutter von drei erwachsenen Kindern.